Wahlen in den USA: Der Brandstifter unterliegt, doch das Feuer ist nicht gelöscht!

Resa Ludvin

Stand 08.11.2020

Die Mauer kam
nicht, zumindest nicht so wie angekündigt. Dennoch starben tausende Menschen an der amerikanischen Migrationspolitik und die Mauern innerhalb der USA wurden immer höher- wirtschaftliche Isolation, Ausstieg aus internationalen Verträgen, Staatsstreiche, Kriegsverbrechen und anstehende Kriege.

Eigentlich nichts
Neues. Ebenso wenig, dass es die republikanischen Wähler_Innen nicht interessiert, was ihr despotischer Kandidat nun als nächstes plant oder welche Fake News Trump beim morgendlichem „Twitter"-Klogang ablassen wird. Dennoch haben ihn 47,7% gewählt. Und auch die Inszenierung Joe Bidens als Heilsbringer, nicht nur von Trump-Gegner_Innen, sondern auch Linken und Aktivist_Innen in den USA, kann nicht über die desaströse Lage des Landes hinwegtäuschen. In der Geschichte kamen und gingen Großmächte. Die USA brennt und ist dennoch internationaler Brandstifter.

Was die Wahl nun
für die zerfallende Großmacht, die arbeitende Klasse und die internationale Politik bedeutet, wollen wir hier beleuchten. Ebenso die Frage, welche Rolle der vorherige und nächste Präsident spielt.

Trumps Bilanz:
Krieg, Putsch, Morde, Sprengung internationaler Normen

„Mother of all bombs“ in Afghanistan, Putschversuch in Venezuela, Hassliebe mit Putin, Ermordung eines Generals im Iran, Anfachen des Nahost-Konflikts, Drohgebärden gegen Peking und Pjöngjang. Wäre der internationale Fokus durch Corona nicht verschoben worden, so wäre 2020 wohl auch ein Jahr mit Phasen heißen und kalten Krieges geworden. Insgesamt hat Trump den Sprung auf eine neue Eskalationsstufe innerhalb der Neuaufteilung der Welt eröffnet. Wo in den westlichen Ländern gezittert wird, er könne nach dem Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen auch noch aus der NATO oder anderen internationalen Bündnissen austreten, hat er weite Teile der Welt bereits in eine reale Angst vor Krieg versetzt.

Warum sich niemand mit ihnen anlegt? Weiterhin bleiben die USA eine der größten Militärmächte und natürlich wollen auch wirtschaftliche Beziehungen gerettet werden, sofern das möglich ist. Gerade für die kleine imperialistische EU wäre ein zu offensiver Angriff eine lose-lose Situation. Lediglich China könnte einen Angriff wagen, was aber zu einer Konfrontation von internationalem Ausmaß führen würde.

Auch im Inland sieht es nicht viel besser aus. Die USA sind eines der am schwersten von der Coronakrise getroffenen Länder. Millionen Infizierte und über 200.000 Tote. Kein Wunder in einem Gesundheitssystem, das sich ein bedeutender Teil der Bevölkerung nicht leisten kann. Ebenso nicht verwunderlich, dass es nicht Leute wie Trump sind, die an dem Virus sterben, ihre Jobs und somit ihre Lebensgrundlage verlieren. Es sind Arbeiter_Innen. Genauer gesagt migrantische und afro-amerikanische Arbeiter_Innen.

Die prekäre Lage von Migrant_Innen und nichtweißen Menschen ist nicht zuletzt der rassistischen Politik geschuldet. Die rassistische Spaltung in den USA ist größer denn je, sei es im Gesundheits- oder Wahlsystem, in

denen gerade Afrokamerikaner_Innen, aber auch die meisten anderen Minderheiten benachteiligt werden. Sei es die voranschreitende Polarisierung in den USA, die mitunter zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen geführt hat oder bewaffnete Straßenschlachten mit einem großen Vorsprung für Rechte, da sie einfacher an Waffen kommen und die Polizei schaut am Rand zu. In der Kombination mit Trumps Protestpolitik im Inland hat er den Krieg, den die USA seit Jahrzehnten im Ausland führen, zurück nachhause gebracht.

Rechte,
Erzkonservative und Evangelikale geben in der US-amerikanischen Politik den Ton an. Egal ob an den Außengrenzen oder wenn es darum geht, Wahlgeschenke strategisch zu verteilen. Und das kam nicht erst mit dem Einzug Donald Trumps ins Weiße Haus. Zusammengefasst und einfach verständlich wurde das durch Trump unter dem Slogan „Make America Great Again“. Jedoch sollte dies nur bei weißen Amerikaner_Innen aus der absteigenden Mittelschicht und aus bestimmten Teilen der Arbeiter_Innenklasse Stimmen fangen.

Doch trotz des
Versprechens, den USA wieder eine blühende Wirtschaftslandschaft zu bescheren, verfallen Industriestandorte wie Michigan oder Ohio weiter. Denn viele der geschlossenen Stahlwerke, Fabriken usw. waren natürlich kein Resultat der Regierung Obamas, sondern eines Rationalisierungsprozesses. Wenn Betriebe nicht mehr ausreichend Profit machen, Technologie veraltet ist oder Innovationen zu teuer sind, werden sie eben dicht gemacht. Trumps Antwort in einigen Gebieten: Stärkt das Fracking, stärkt die Region. Doch das bringt einem_einer ehemaligen Stahlarbeiter_In wenig, wenn es keine Umschulungen gibt. Kein Wunder also, dass sich an der Massenarbeitslosigkeit unter Trump nicht viel geändert hat, nicht viel ändern konnte.

Wäre all das
nicht schon genug, interessiert es Trump nicht im Geringsten, dass die Westküste der USA monatelang brennt und beschuldigt die lokale

Bevölkerung dafür verantwortlich zu sein. Der gleiche Präsident, der Umweltschutzgebiete verkleinert und die Arbeit der Umweltbehörde immer weiter einschränkt hat, weil sie lukrativem Fracking im Weg steht. Wäre die Umwelt mal ein Sturmgewehr, dann hätte sie auch eine Lobby.

Genaueres zur Lage in der USA findet ihr hier: http://onesolutionrevolution.de/what-the-fuck-is-wrong-in-the-usa/

„Demokratie“ als Staatsform in Gefahr?

Sieht man mal davon ab, dass Trump wohl jener US-amerikanische Präsident ist, der die meisten Verfahren gegen sich hatte- Amtsenthebungsverfahren, Verdacht der Wahlmanipulation sowie nicht gezahlte Steuern- ist seine Präsidentschaft, zumindest in den Augen seiner vielen Anhänger_Innen, erfolgreich. Uns als Revolutionär_Innen zeigt er aber vor allem, was für ein zweischneidiges Schwert die bürgerliche Demokratie ist. Einerseits zeigt sich wie undemokratisch das US-System auch unter bürgerlichen Maßstäben ist, da der Präsident a la „L’etat c’est moi“ („Der Staat bin ich“) regieren kann. Andererseits ist auch der Erfolg von Fake-News als Ausdruck der Krise zu nennen. Die Wahl war noch gar nicht angelaufen, unwichtig, einfach mal schon präventiv behaupten, die Wahl wäre manipuliert. Und jetzt, da auch die Ergebnisse wirklich gegen Trump sprechen, wird diese Behauptung mit allerlei fadenscheinigen Behauptungen untermauert und mit rechtlichen Schritten gedroht. Ob und wer wählt, scheint also ein für alle Mal egal.

Auch Trumps eindeutig zweideutigen Ansprachen an die rechten Bewegungen Alt-Right, QAnon oder „proud boys“ zeigt, wie offen er sich bezüglich Rechtsextremen zeigt und dass viele seiner Wähler_Innen darüber hinwegschauen. Das An-der-Macht-Bleiben des Oligarchen steht

im Mittelpunkt. Und wenn es Trump Senior nicht mehr macht, haben sich in letzter Zeit auch seine Kinder immer weiter in den Vordergrund gedrängt. Eine Abwahl Donald Trumps, sofern sie überhaupt akzeptiert wird, bedeutet also nicht zwangsläufig eine dauerhafte Abwahl der Agenda Trumps.

Nach 4 Jahren
Trump ist offensichtlich, was für Revolutionär_Innen vorher schon klar war: Die bürgerliche Demokratie taugt nichts. Trump hat lediglich sämtliche Ideale dieser bürgerlichen Demokratie vorgeführt und uns auch gezeigt, dass in einem vermeintlich „westlich, demokratischen Partner“ alles so gedreht werden kann, wie es einem selbst gerade passt. Sie ist somit, was sie immer war: eine „Demokratie“ herrschender Interessen. Die Situation der Arbeiter_Innenklasse hat sich nicht verbessert. Der einzige Unterschied zum vorherigen Präsidenten Obama war, dass die Zersetzung vom Sozialstaat noch deutlich schneller voranging und das deutlich unverhohlener.

Währenddessen
wird Biden als großer Retter inszeniert, der auch in keiner Weise den Fortschritt darstellt. Er selbst ist nicht nur ein weiterer „Establishment“-Vertreter alter, weißer Männer, sondern auch noch erzreligiös. Er stimmte nicht nur für den Irakkrieg, sondern auch für ein „law & order Gesetz“, was bis heute dazu führt, dass vor allem schwarze Amerikaner_Innen schon beim kleinsten Vergehen hart bestraft werden. Oder brachte er das Gesetz durch, dass viele Schulden von Privatpersonen bei Insolvenz nicht mehr gestrichen werden können, sodass vor allem die Arbeiter_Innenklasse für immer mit der Last von Studien-, Gesundheits- und Kreditkartenschulden zu kämpfen hat, während große Betriebe weiterhin gerettet werden. An seiner Seite hat er Kamala Harris als Vize-Präsidentin, die zwar von Republikaner_Innen abfällig als „Marxistin“ bezeichnet wird, sich aber noch nicht mal zu den geringsten arbeiter_Innenfreundlichen Reformen durchringen kann wie der allgemeinen, staatlichen

Krankenversicherung. Kein Wunder also, dass sich viele progressive, junge Wähler_Innen jetzt schon von den Demokrat_Innen abgewandt und gegen eine Stimmabgabe entschieden haben. Der fehlende Enthusiasmus für Biden hat sicherlich mit reingespielt, dass das Rennen zwischen ihm und Trump so knapp war.

Wie die Wahl gelaufen ist

Notfalls mit
Gewalt. Gewalt der Waffen oder der Gerichte. Fest steht: Obwohl Biden schon als Präsident ausgerufen wurde, ist die Wahl noch nicht vorbei, da Trump und seine Anhänger_Innen mit allen Mitteln daran festhalten. Doch dass Trump nicht gehen will und selbst „demokratische" Gerichte ihn wahrscheinlich nicht stoppen können, hat er bereits vor der Wahl vorbereitet. In diversen Staaten hat er ihm treue Richter_Innen an die obersten Gerichtshöfe gebracht und vorher schon mal behauptet, dass die ganze Wahl manipuliert sei. Sein Sohn Donald Trump jr. sprach sich angeblich sogar für den „Totalen Krieg um die Wahl" aus.

Noch in der Nacht
der Wahlen hat Trump seinen Sieg ausgerufen, obwohl die Auszählungen noch in vollem Gange waren. Er war zu diesem Zeitpunkt noch in Führung, aber das lag daran, dass die Brief- und Frühwahlen, die deutlich mehr von Biden-Supportern genutzt wurden, erst später gezählt werden. Diese Reihenfolge hat er selbst erwirkt und es gehörte sicherlich zum Kalkül, dass er vielleicht durch eine frühe Ausrufung als Präsident taktische Vorteile hat. Je länger die Auszählungen dauerten, desto schlechter sah es für Trump aus und desto verzweifelter wurden seine Vorwürfe, dass ihm hier gerade die Wahl geklaut wird. Bei den Auszählungen in den heiklen Bundesstaaten wurde von Trump wahlweise gefordert, dass man aufhören sollte oder unbedingt weitermachen sollte, zu zählen, je nachdem, wie es gerade stand. Einige Republikaner_Innen wollten auch die Häuser stürmen oder zumindest stören, in denen gezählt wurde. Zu größeren

Aufmärschen oder bürgerkriegsähnlichen Zuständen, wie ja oftmals befürchtet wurde, kam es bislang noch nicht.

Nach langem
Warten sind nun die meisten Staaten (zumindest ein erstes Mal) ausgezählt und Biden als Präsident abgesichert. Er hat in den relevanten Staaten, denn die meisten haben seit Jahrzehnten ihre Farbe (Blau= Demokratische Partei, Rot= Republikanische Partei) nicht geändert, einen Vorsprung erzielt. Diese so genannten Swing States sind u.a. Pennsylvania oder Arizona.

Dabei ist zu
berücksichtigen, dass nicht nur viele Menschen von der Wahl direkt, sondern auch indirekt ausgeschlossen sind und gleichzeitig das Wahlsystem auch unter bürgerlichen Maßstäben ungerecht und undemokratisch ist. Am Ende entscheiden nicht nur einfache Worte, sondern auch einfache Mehrheiten, die dann durch Wahlmänner(!) abgebildet werden. Im Winner-takes-it-all-Prinzip könnte es sein, dass 49% der Wähler_Innen unsichtbar gemacht werden, weil sie als Unterlegene nichts abbekommen.

Auch gewählt
wurden Sitze im Senat und im Repräsentantenhaus, das in demokratischer Hand bleibt. Auch wenn Biden vereidigt wird, stehen ihm aber möglicherweise der Senat sowie definitiv der Supreme Court entgegen, der seine Chance auf „Reförmchen“ weiter schwinden lässt. Gewonnen ist in den USA eben nicht zwangsläufig gewonnen.

Die Krise nach
der Wahl kommt so oder so.

**Welche
Auswirkungen hat die US-Wahl für die amerikanische und internationale Arbeiter_Innenklasse?**

Die globale
Hegemonie der USA ist nur noch ein Traum jener, die die letzten 30

Jahre im Winterschlaf verbracht haben. China, Russland und die EU sind längst Blöcke, die zumindest mitreden wollen, wo als nächstes einmarschiert wird. Es könnten ja potenzielle Bündnispartner_Innen (aka Syrien) oder Länder sein, aus denen sich dann Geflüchtete in die EU aufmachen (wieder Syrien). Biden als Präsident wird wahrscheinlich noch mehr als Trump ins Schwimmen zwischen den Interessen des Kapitals kommen, das sich daran gewöhnt hat, international eine Rolle zu spielen. Eine Rolle, die gerne auch militärisch verteidigt wird. Sein Fokus wird sein, die alte Ordnung aus diplomatischen und strategischen Beziehungen wiederherzustellen. Die Frage ist, wie sehr diese Ordnung nicht vorher schon am Ende war.

Im Inneren
tatsächlich etwas zu verändern, wenn er das denn überhaupt möchte, wird auch schwer werden. Trump hat eine konsequente Politik der Verneinung der Interessen der Unterdrückten gefahren und sie verhöhnt und an den Rand getrieben, wo es nur ging. Biden wird wohl eher versuchen, durch Augenwischerei und kleine Reförmchen „das Land zu einen“, ohne dabei dem Kapital auch nur den geringsten Schaden zuzufügen. Denn nicht nur der wahrscheinlich mehrheitlich republikanische Senat, sondern nun auch die konservative Besetzung des Supreme Courts werden jedem Angriff auf Kapitalinteressen massiv im Weg stehen. Zu allem Übel gibt es noch den Druck von der Straße durch die extreme Rechte. Leidtragender all dessen wird weiterhin der prekäre Teil der US-Bevölkerung sein. Dies wiederum wird die Polarisierung und Abstieg prekärer Schichten weiter vorantreiben- die Frage ist nur, wie tief es in den USA noch geht, wo im Frühjahr bereits Millionen Menschen durch den Jobverlust das Äquivalent zur Tafel aufsuchen mussten, um überhaupt etwas zu essen zu bekommen.

Von Biden ist
also nicht zu erwarten, dass er die soziale, politische oder wirtschaftliche Krise auch nur befrieden kann. Hinzu kommen noch die Pandemie und die Umweltkrise. Gerade letztere hat nicht nur interne Folgen, sondern auch für die gesamte Welt, da die Klimakrise kein

nationales Problem ist und somit auch nicht national gelöst oder ignoriert werden kann. Jedoch wird ein Fortschreiten dieser Krise Migration, Armut und Umweltkatastrophen auch weit über die Grenzen der USA hinaus Auswirkungen haben.

Unsere Perspektive: Verbesserung braucht die Macht von Unten!

Trump war nicht der Präsident der Minderheiten, nicht der Präsident der Frauen*. Zieht man dann noch die jugendlichen Massen auf der Straße ab, die sich gegen die Stimmabgabe entschieden haben, bleibt nur ein kleinerer weißer Teil, deren Präsident Trump war und weiterhin als Ideal bleiben wird. Doch Biden ist nicht der Heilsbringer. Er repräsentiert den rechten Flügel der demokratischen Partei, die schon immer kapitalfreundlicher und rechter als europäische bürgerliche Arbeiter_Innenparteien war. Er ist kein progressiver Kopf, der sich an die Spitze einer antirassistischen, antisexistischen und sozialen Bewegung setzen könnte. Niemand, der diejenigen im Land abholt, die die letzten Jahre und Jahrzehnte gelitten haben unter der Politik, die überhaupt erst den Boden für den Aufstieg eines Trumps geschaffen hat.

Die Spaltung der Arbeiter_Innenklasse begründet sich nicht auf der rassistischen Politik Trumps, sondern den Auswirkungen der Krise von 2008 und somit systemimmanenten Spaltungsmechanismen. Man kann also nicht darauf vertrauen, dass sich der Kapitalismus von selbst wieder zum Guten richtet. Es brennt und brodelt an alle Ecken und Enden. Eine radikale Kehrtwende ist das Einzige, was den Arbeiter_Innen, Demonstrant_Innen und Unterdrückten in der USA noch bleibt.

Doch die zahlreichen Proteste der letzten Monate sind eine große Hoffnung. Ihnen fehlt bisher nur eine Führung, was nicht zuletzt mit der Schwäche und dem niedrigen Organisationsgrad der US-Gewerkschaften

zusammenhängt. Dennoch müssen bestehende Strukturen genutzt und die Kämpfe zusammengeführt werden. Geeint ist jede Bewegung stärker! Was den USA fehlt ist eine Arbeiter_Innenpartei. Und zwar keine kleine Zelle, sondern eine, die sich auf den Massen stützt und aus den Massen hervorgeht. Ein stärkendes Moment könnte es sein, durch Massenproteste und Streiks nun Trump, der sich ans Weiße Haus klammert, aus selbigen hinauszubefördern. Im Zuge solcher Proteste entstehen Strukturen, die auch auf Biden Druck ausüben und hoffentlich auch die Frage auf die Tagesordnung setzen können, ob wir nicht eigentlich eine ganz andere Vertretung brauchen!

Eine
Massenpartei, die auf der Grundlage der arbeitenden Bevölkerung dem System Druck macht. Eine Massenpartei, die tatsächlich die Macht des „US-Establishment“ angreift und ihre Interessen durch die eigenen ersetzt. Eine Massenpartei, die sich für Frauen*rechte einsetzt, die rassistische Strukturen der US-Polizei durch gewählte Arbeiter_Innenmilizen ersetzt und der Massenarbeitslosigkeit anstelle von Fracking o.ä. mit sozialstaatlichen Maßnahmen wie Umschulungsprogrammen in überholten Branchen begegnet.

Wir fordern:

Proteste reichen lange nicht! Für den Aufbau einer revolutionären Arbeiter_Innenpartei!

Brot, Gesundheit
und Frieden für Alle!

Streikt Trump aus
dem Weißen Haus!

Freilassung aller
politischer Gefangener und Demonstrant_Innen!

Was wirklich zählt, aber auf Bundeswehrplakaten nicht steht

Janneck Peschel

Karriere
machen bei der Bundeswehr und richtig gut Geld verdienen: Für manche Jugendliche ein Traum, für die Bundeswehr eine gute Chance, die junge Generation an sich zu binden und für Nachwuchs zu sorgen. Auf Jobmessen, Werbeplakaten, im Internet, der Gamescom oder mit dem direkten Besuch in der Schule wirbt sie, um vermehrt Jugendliche zu erreichen und sie durch vorteilhafte Konditionen zu sich zu geleiten. So lockt die Bundeswehr mit vielversprechenden Aufstiegsmöglichkeiten und saftigen Gehältern, wodurch sie auf das Interesse von Schüler_Innen trifft, die um ihre Zukunft im Konkurrenzkampf des Proletariats ungewiss sind.

**Aufrüstung
und deutscher Militarismus**

Zur
Zeit des Kalten Krieges und der bipolaren Welt war Deutschland, hauptsächlich bedingt durch die Teilung, vorwiegend anderen imperialistischen Mächten untergeordnet. Nach dem Ende des Kalten Kriegs und der deutschen Wiedervereinigung entwickelte sich Deutschland allerdings in einem jahrelangen Prozess wieder zu einer führenden imperialistischen Macht – vor allem wirtschaftlicher Stärke. Und obwohl Deutschland auf Platz 8 (mit 51 Mrd. €) im internationalen Vergleich der jährlichen Militärausgaben sind, hinkt die Ausrüstung der Bundeswehr weit hinterher.

Massive

Werbung und Agitation von Jugendlichen

Noch
bis 2011 gab es in Deutschland mehr oder weniger eine Wehrpflicht. Aufgrund eines hohen Verschleißes an personellen und finanziellen Ressourcen wurde sie ausgesetzt (nicht abgeschafft!). In einer modernen, hochtechnisierten Armee haben sich die Anforderungen verschoben, sodass man jetzt weniger die Millionen von Menschen braucht, die eine Grundausbildung an der Waffe erfahren haben, dafür mehr und festangestellte Berufssoldat_Innen, die beispielsweise in der Lage sind, Drohnen, Bomber und Panzer zu steuern oder zu reparieren oder als „Militärberater_In“ Einfluss auf fremde Streitkräfte in Krisengebiete zu nehmen. So wurde die Bundeswehr zu einer Berufsarmee, auch wenn sich das im Fall eines großen Krieges, bei der die BRD auch tatsächlich in Gefahr ist, sehr schnell ändern dürfte und die Wehrpflicht wieder in Kraft gesetzt wird. Aber dadurch, dass momentan die Massen nicht mehr gezwungen werden, bei der Bundeswehr schießen zu lernen, sowie Deutschland eine größere Rolle in der NATO einnehmen will, fehlt es an Rekrut_Innen. Folglich wird verstärkt auf ein anderes Mittel mit dem Zweck gesetzt, neue junge Kräfte für den Militärdienst zu gewinnen und den Machthunger Deutschlands zu stillen: Die altbekannte Werbung!

So
präsentiert sich die Bundeswehr auf Werbeplakaten, baut ihre Internetpräsenz aus, öffnet über Jobangebote ihre Tür für Erwerbslose und gibt sich den Schüler_Innen über die Schule oder Jobmessen als zweiter „Freund und Helfer“. Das direkte Werben für die kriegerischen Absichten des deutschen Militärs, welches sich wenig von anderen Armeen unterscheidet, wird allerdings teilweise entschärft und durch die Blume mitgeteilt, um sich mehr Sympathiepunkte in weniger positiv eingestellten Kreisen einzufangen. Trotzdem ist nicht zu vergessen, dass gerade in Zeiten der Krise auch die Radikalisierung in der Bevölkerung zunimmt und mehr Menschen von einem aggressiveren, militärischen Auftreten des deutschen

Imperialismus angesprochen werden.

Im
Klartext heißt das, man versucht über Werbung neue Militärkader für die Streitkraft des deutschen Kapitals herauszubilden, um den Einfluss auf die internationale Politik zu vergrößern. Dass die Bundeswehr als Parlamentsarmee demokratisch legitimiert erscheint, ändert hierbei nicht das Geringste an dem Fakt, dass die ökonomischen und geopolitischen Interessen der Bourgeoisie im Vordergrund stehen.

**Die
Darstellung in den Medien**

Ein nicht zu ignorierendes Problem für die Außenwirkung der Bundeswehr ist ihre Durchsetzung mit Rechtsextremen, dessen Tendenz sich parallel zum Rechtsruck in der allgemeinen Bevölkerung auch in der Bundeswehr feststellen lässt, aber in einem verschärften Ausmaß. So gibt es mehrere Verbindungen zu verfassungsfeindlichen Organisationen, dem faschistischen Untergrund und rechtsextremen Chatgruppen. Nach außen erzeugt dies keine gute Wirkung, wenn man bedenkt, dass die Bundeswehr für die Bundesrepublik Deutschland und für angebliche Verteidigung der Menschenrechte und Demokratie steht. Medial erfährt die Bundeswehr durch faschistische Infiltrierung wie auch das Gerücht, die Bundeswehr besäße rückständige und teilweise kaputte Ausrüstung somit meist eine negative Darstellung; z. B. durch die vermeintlich nicht funktionierenden Kampfhubschrauber oder die überalterten Schiffe. Folglich wird hier ebenfalls versucht, das schlechte Bild der Bundeswehr durch Werbung und vermeintliche Aufklärung in Schulen über die Arbeit der Bundeswehr aufzupolieren. Auf Social Media lässt sich ähnliches feststellen: Die schlechte mediale Aufbereitung der Bundeswehr wird mit einem Leitfaden für das Verhalten von Mitarbeiter_Innen zur Stärkung des Rufs durch positives Auftreten übertüncht – wohlgemerkt damit auch die Missstände und Kontroversen.

Soziale

Arbeit im Namen der Bundeswehr

Als
einer der größten Arbeitgeber Deutschlands kann man im Namen der Bundeswehr auch zivildienstliche Arbeit verrichten, in welcher sich der Versuch der Bundeswehr zeigt, sich als Humanitäre Instanz zu präsentieren. Dabei trägt dies indirekt zu einer stärkeren Bindung des Militärs an die deutsche Gesellschaft bei und lässt den deutschen Militarismus in der öffentlichen Darstellung in den Hintergrund fallen. Zuletzt wurden die Soldat_Innen im Land eingesetzt entweder als Unterstützung im Bau von Notkrankenhäusern oder als medizinisches Personal während der Corona-Pandemie. Seltener kommt sie auch zum Einsatz bei Naturkatastrophen wie beim Elbehochwasser 2013. Dabei gibt es, wenn man Wohltätigkeitsarbeit leisten will, zahlreiche Alternativen wie die Durchführung eines Freiwilligen Sozialen Jahres oder dem Einsatz beim Katastrophenschutz wie dem THW und somit in Institutionen, die auf diese Arbeit vorbereitet und geschult sind, aber im Gegensatz zur Bundeswehr meist stark unterfinanziert sind.

Des Weiteren ist die Bundeswehr kein Arbeitgeber wie jeder andere, obwohl sie sich gerne so darstellen möchte. Sie bietet den Arbeitnehmer_Innen enorme finanzielle Vorteile wie ein hohes Gehalt plus eine feste Anstellung und anderweitiger Vorteile wie auch ein besseres Ansehen in einigen Kreisen der Gesellschaft. In Zeiten von weiteren verschärften Angriffen auf die Rechte des Proletariats ist dies ein guter Köder, um vermehrt Jugendliche zu gewinnen. Das wird alles aus den Kassen des Staates bezahlt, der es sich gerne einiges kosten lässt, dass er seinen Stand in der Welt ausbaut und dafür die Notlage junger Menschen ausnutzt. Im Endeffekt sorgt die Bundeswehr für viel Leid und gewaltsame Unterdrückung in der Welt. Und zwar nicht nur durch die eigene Waffe, sondern auch indem die Bundeswehr dadurch die imperialistische Weltordnung verteidigt, in der arme Länder ausgebeutet gehören und bei Widerstand mit politischen bis hin zu militärischen Konsequenzen zu rechnen haben. Und das steht auf keinem Plakat und wird auch keiner Soldatin und keinem Soldaten je erklärt.

Wir
als Revolutionär_Innen stehen gegen den deutschen Imperialismus und allen Formen der Werbung für ihn. Der proletarische Kampf muss immer den Kampf gegen das Kapital und dessen Beschützer_Innen wie das Militär beinhalten, um eine klassenlose Gesellschaft zu ermöglichen. Schlussendlich bleibt es auch bei der Bundeswehr als Parlamentsarmee dabei, dass sie im Sinne der deutschen Bourgeoisie agiert und hinter dem „Kampf für Menschenrechte“ ökonomische Interessen versteckt. Wie bereits erwähnt gibt es viele Möglichkeiten sich sozial zu engagieren, ohne sich vom deutschen Imperialismus einspannen zu lassen. Die Bundeswehr ist und bleibt eine bürgerliche Armee!

#ENDSARS: Nigerias Jugendbewegung gegen Polizeigewalt & ihre Perspektive

Vor
circa 2 Wochen brachen in Nigeria im ganzen Land Proteste aus. Tausende junge Menschen wehren sich gegen die anhaltende und brutale Polizeigewalt, die vor allem von der Sondereinheit „SARS“ ausgeht.
Sie
werfen der „Anti-Überfalleinheit“ wiederholte Raubüberfälle und Misshandlungen von Zivilist_Innen vor und fordern deren Auflösung. Nach einer Woche heftiger Proteste, in denen auch eine Polizeistation in Flammen aufging, kündigte Nigerias Präsident Muhammadu Buharu an, dieser Forderung nachzukommen. Doch darauf kann

man sich nicht verlassen! Dies ist bereits die 4. Ankündigung dieser Art in den letzten Jahren. Und passiert ist nichts! Die Menschen sind wütend, der Protest richtet sich längst auch schon gegen die Regierung als Ganzes.

Diese
scheint mit der Situation sichtlich überfordert zu sein, denn auch wenn dies von offizieller Stelle geleugnet wird, eröffnete das Militär in Lagos das Feuer auf friedliche Demonstrant_Innen. Sie schossen auf die mutigen Menschen, die sich dem ungerechten und mörderischen System widersetzen. Über 50 Zivilist_Innen wurden mittlerweile im Zuge der Proteste getötet. Die Regierung hat eine Ausgangssperre verhängt, nachdem in Benin fast 2.000 Häftlinge aus einem Gefängnis befreit wurden, doch die Menschen lassen sich nicht einschüchtern und kämpfen weiter! Richtete sich ihr Protest anfangs allein gegen SARS, wurden die Forderungen mittlerweile ausgeweitet. Sie fordern den Rücktritt des Präsidenten und ein Ende der massiven Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig absurd hohen Gehältern der PolitikerInnen. Diese Protestwelle ist vor allem ein Protest der Jugend, denn mit einem Durchschnittsalter von 18 Jahren ist Nigeria die jüngste Region der Welt und Jugendliche leiden besonders unter den prekären ökonomischen Verhältnissen: Nur eine Minderheit der Schul- und Hochschulabsolvent_Innen hat eine Arbeit, von der sie leben kann und Migrationswege in den Rest der Welt sind dank der europäischen Grenzpolitik mittlerweile versperrt. Diese Perspektivlosigkeit einer ganzen Generation hat sich nun in Wut umgewandelt. Dabei ist es sicherlich kein Zufall, dass die politische Krise Westafrikas mit der schwersten Wirtschaftskrise dieses Jahrhunderts zusammenfällt: Durch die enormen Einbrüche im Außenhandel des Ölstaates hat sich die Lebenssituation vieler Menschen noch einmal drastisch verschlechtert. Millionen von Menschen, die vorher knapp über dem Existenzminimum lebten, rutschen nun darunter und die ohnehin hohe Arbeitslosenquote von 27% steigt weiter an. Die Übergriffe der SARS-Einheit haben nun das Fass zum Überlaufen gebracht und eine Jugendbewegung geschaffen, die

entschlossen ist, sich nicht länger ihrer Ausbeutung zu beugen und ihre Zukunft selbst gestalten will. Jetzt ist es an der Zeit, den aufgeworfenen sozialen Forderungen eine antikapitalistische Perspektive zu geben und die Massen der Arbeiter_Innen und Student_Innen in Räten zu organisieren. Es darf kein Vertrauen mehr in die Reformen der Regierung gesetzt werden. Stattdessen müssen die AktivistInnen selbst demokratisch über ihre Zukunft entscheiden!

Wir,
von REVOLUTION solidarisieren uns ausdrücklich mit der kämpfenden Protestbewegung in Nigeria! Das Regime, das brutal mit Waffengewalt gegen die eigene Bevölkerung vorgeht muss entmachtet werden und die Verantwortlichen zur Rechenschafft gezogen werden! Für eine demokratische Bewegung der Arbeiter_Innen und Student_Innen, die der Polizeigewalt & der Krise den Kampf ansagt!

Hoch die
internationale Solidarität!

Warum Identitätspolitik so gut in die neoliberale Verwertungslogik passt und wir trotzdem etwas daraus lernen können

Worum geht’s?

Unter dem Begriff „Identitätspolitik“

verstehen verschiedene Leute verschiedene Sachen. Die Rechten verwenden den Begriff, um ihrem völkischen Rassismus und Nationalismus ein schickes Outfit zu verpassen. Die einen Linken benutzen ihn dagegen als Wort für Empowerment und Kampf gegen Unterdrückung, die anderen Linken als Kritik an linker Politik, die ökonomische Verhältnisse völlig aus den Augen verloren hat.

Wenn Linke über Identitätspolitik diskutieren, geht es darum, ob z.B. der Erfolg der AfD etwas damit zu tun hat, dass sich weiße männliche Arbeiter in ihrer Identität durch das vermeintlich Fremde bedroht fühlen, oder damit, dass bestimmte soziale Gruppen Angst vor Abstieg und Armut haben. Es geht darum, ob Sexismus im Kopf oder in der kapitalistischen Produktionsweise entsteht. Es geht darum, ob der antirassistische Kampf von Black Lifes Matter durch Empowerment und Privilegienchecks oder durch kollektive soziale Organisierung erfolgreich sein kann.

Identitätspolitik versus Klassenpolitik

Aber geht es uns nicht letztlich allen nur darum, Unterdrückung aufzuheben? Warum überhaupt diese Spaltung zwischen Identitätspolitik und Klassenpolitik? Die Antwort auf diese Frage müssen wir vor allem in den Fehlern der Linken selbst suchen. Obwohl Marx, Engels, Lenin und Trotzki die spezifische Unterdrückung von Frauen und Migrant_innen immer wieder betont haben und für das Recht auf unabhängige Organisierung eingetreten sind, wurden diese Fragen durch die Degeneration des Marxismus in Form des Stalinismus, Maoismus und der Sozialdemokratie immer wieder außen vor gelassen. So haben viele Aktivist_innen der 68er-Bewegung den Rassismus zum sogenannten „Nebenwiderspruch“ erklärt, der sich mit der kommunistischen Revolution schon von alleine beseitige. Sie waren aufgrund ihrer hierarchischen Vorstellung, welche die „wichtigeren Kämpfe“ sind, nicht der Lage, Übergangsforderungen aufzustellen, mit denen antisexistischer und antirassistischer Widerstand mit der Arbeiter_innenbewegung verknüpft und der gemeinsame Kampf gegen den

Kapitalismus hätte zugespitzt werden können.

Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie haben sich dagegen lange Zeit nur auf die meist männlichen und weißen Arbeiter in Schwerindustrie, Chemie und Bergbau konzentriert und die anderen Arbeiten, die hauptsächlich von Migrant_innen oder weißen Frauen verrichtet wurden (Dienstleistungen, Erziehung, Bildung, Hausarbeit), vernachlässigt. Die Unterdrückung bestimmter Gruppen wie Frauen, Migrant_innen und LGBTIAs wurde also für lange Zeit von Organisationen der sogenannten „Linken“ reproduziert.

Kein Wunder also, dass sich diese Gruppen von der klassischen Arbeiter_innenbewegung nicht vertreten gefühlt haben. Hinzu kam der Umstand, dass sich die diktatorisch geführte Sowjetunion im Osten selber todgewirtschaftet hat und die Sozialdemokratie im Westen immer mehr Kämpfe verraten und sich an den kapitalistischen Nationalstaat angebiedert hat. Klasse als analytische Kategorie und Marxismus als Wissenschaft und Befreiungsprogramm erschienen vielen deshalb nicht mehr als zeitgemäß oder in der Lage, etwas zu reißen. Identitätspolitische Ansätze lieferten zu diesem Zeitpunkt vielen sexistisch oder rassistisch unterdrückten Menschen, neue Ansätze ihre Unterdrückung zu verstehen und etwas dagegen zu tun. Auch praktisch konnten beispielsweise durch die „Black Power Bewegung“ oder die LGBTIA-Bewegung viele politische Erfolge eingefahren werden.

Repräsentation statt Klassenkampf

Ob gegen den Paragraphen 218 oder die sogenannte „Rassentrennung“: Diese Kämpfe waren Klassenkämpfe, denn sie haben sich dagegen gewehrt, von der Gesellschaft spezifisch ausgegrenzt zu werden, um in dieser marginalisierten Position stärker ausgebeutet zu werden. So spricht die Identitätspolitik in der Praxis meistens auch implizite Klassenfragen an. Die Kapitalist_innen freuen sich natürlich darüber, wenn der Klassenaspekt dieser Kämpfe

von Identitätspolitiken unsichtbar gemacht wird, sodass es so aussieht, als wäre es lediglich um Chancengleichheit gegangen. Waren sie nicht explizit antikapitalistisch ausgerichtet, hat der Kapitalismus identitätspolitische Kämpfe immer wieder aufs Neue für sich vereinnahmt. So konnten Großkonzerne wie H&M, Adidas oder Gilette Identität als Marketingkonzept nutzen, um noch größere Gewinne einzufahren. Und ein Barack Obama als erster schwarzer Präsident der USA afroamerikanische Jugendliche durch seine Polizei erschießen lassen.

Ein Problem an der Identitätspolitik
ist also, dass sie ihre Analyse von Unterdrückung (z.B. Sexismus, Rassismus, Heteronormativität, …) von den materiellen Verhältnissen trennt. Identitätspolitische Kämpfe gegen Unterdrückung erscheinen somit immer nur als Kämpfe um Repräsentation und Sichtbarkeit im Rahmen des Bestehenden. Indem sie Unterdrückung lediglich als Produkt von Diskursen, Bildern, Sprache, kulturellen Praktiken und Denkweisen begreifen, erkennen sie nicht, welche Funktion diese Unterdrückungsformen im Kapitalismus eigentlich haben. Der marxistische Grundsatz, dass das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein bestimme, wird also von der Identitätspolitik umgedreht. Es geht ihr deshalb nicht darum, dass System, dass tagtäglich diese Unterdrückung produziert aus den Angeln zu heben, sondern darum innerhalb dieses Systems unterdrückte Identitäten sichtbarer zu machen. Identitätspolitik geht davon aus, dass Unterdrückung nur erkennbar ist, wenn man sie selber erfährt und dass deshalb nicht Klassenkämpfe sondern Repräsentationskämpfe das treibende Element der gesellschaftlichen Entwicklung sind.

Individuelle Reflexion statt kollektiver Organisierung

Die Unterdrückung aufgrund von
Geschlecht, Hautfarbe, Herkunftsland, Behinderung, sexueller Orientierung etc. ist jedoch keine alleinige Frage der Identität sondern immer auch eine ökonomische Beziehung. Ob wir zu dieser oder

jener Gruppe gezählt werden, bestimmt unsere spezifische Stellung im Produktionsprozess. Durch tagtägliche Ausgrenzungserfahrung bei der Lohnauszahlung, der Jobsuche, Wohnungssuche oder Bahnfahren wird uns diese Unterdrückung aufgezwungen, sodass wir beinahe glauben, sie wäre Teil von uns, Teil unsere Identität. Obwohl uns die rassistischen Sprüche von Mitschüler_innen manchmal eher als das trennende Moment zwischen uns und dem Rest der Gesellschaft vorkommen, ist es letztlich eigentlich die Klassenfrage, ob wir Produktionsmittel besitzen oder gezwungen sind, unsere Arbeitskraft zu verkaufen, die die Gesellschaft spaltet. So kann eine schwarze Milliardärin aus München wesentlich mehr Macht besitzen, als ein weißer Arbeiter aus Eisenhüttenstadt.

Im Kern geht es also um die Frage, ob wir Unterdrückung als individuelles Problem und die Summe der verschiedenen individuellen Einzelunterdrückungen betrachten, oder als allumfassende Struktur im kapitalistischen System. Daraus ergeben sich nicht nur die verschiedenen Antworten, ob sich der Kampf gegen Unterdrückung gegen den Kapitalismus oder um Repräsentation drehen muss. Es steht ebenso zur Debatte, ob dieser Kampf kollektiv oder individuell geführt werden muss.

Da die Identitätspolitik Unterdrückung als individuelle Erfahrung(en) begreift, schlussfolgert sie daraus auch, dass die Kämpfe gegen Unterdrückung auf individueller Basis erfolgen müssen. Ihr Verständnis von Unterdrückung beruht darauf, dass Privilegien in der Gesellschaft ungleich verteilt sind. Das bedeutet, dass die Privilegierten (also meistens weiße, heterosexuelle Cis-Männer) ihre Privilegien mal „checken“ sollten, um reflektierter damit umzugehen. In unseren Augen sollte es jedoch kein Privileg sein, über einen Platz laufen zu können, ohne in eine rassistische Polizeikontrolle zu geraten. Es sollte kein Privileg sein, problemlos eine Wohnung zu bekommen. Was die Identitätspolitik als Privilegien versteht, sind also eigentlich Rechte, die wir für alle erkämpfen sollten! Es sollte uns nicht

darum gehen, die kleinen Brotkrumen, die der Kapitalismus für einige von uns abwirft, fairer unter allen aufzuteilen sondern darum, uns die ganze Bäckerei zu holen. Natürlich ist die individuelle Reflexion darüber, dass es innerhalb unserer Klasse besser gestellte und unterdrücktere Teile gibt, auch ein wichtiger Bestandteil revolutionärer Analyse und Praxis. Jedoch sollten wir es nicht dabei belassen daraus eine individuelle Reflexionsübung zu machen, die uns noch dazu in Wettbewerb zu einander versetzt, wer seine_ihre Privilegien am besten „checkt“. Denn auch so schafft es der Neoliberalismus erneut Kämpfe zu vereinnahmen und aus Identitätspolitik ein Tool der individuellen Selbstoptimierung zu machen (z.B. kann man auf Online-Dating-Plattform nun sein Dating-Profil mit dem Banner „Black Lives Matter“ upgraden).

Den scheinbaren Widerspruch zwischen Identität und Klasse durch revolutionäre Praxis auflösen!

Opfer von Rassismus oder Sexismus brauchen keine Weißen oder Männer, die das auch alles ganz schlimm finden und sich für sie einsetzen. Was wir brauchen sind Leute, die gemeinsam mit uns auf Augenhöhe für dieselben Ziele kämpfen! Keine geflüchtete Person soll in Lagern leben, sondern das Recht auf eine Privatwohnung haben. Aber auch weiße Arbeiter_innen finden in gentrifizierten Städten nur noch schwer bezahlbaren Wohnraum. Lasst uns also gemeinsam und auf Augenhöhe für die Enteignung von Leerstand und großen Immobilienkonzernen kämpfen! Die Polizei führt nicht nur rassistische Kontrollen durch, sondern schlägt uns auf der nächsten Demo allen ins Gesicht. Lasst uns gemeinsam kollektiv gegen Polizeigewalt organisieren und Selbstschutzstrukturen aufbauen!

Der Kapitalismus ist die Wurzel von Sexismus, Rassismus sowie sonstigen Unterdrückungsformen und basiert auf der privaten Aneignung gesellschaftlich geleisteter Arbeit. In diesem Widerspruch liegt auch die Auflösung des Problems begründet, weshalb wir ohne Klassenpolitik auch den Kapitalismus nicht abschaffen können. Die Identitätspolitik hat eine von Stalinismus

und Sozialdemokratie degenerierte Linke darauf hingewiesen, dass nicht nur weiße, männliche Arbeiter zur Arbeiter_innenklasse gehören. Dies müssen sich revolutionäre Linke zu Herzen nehmen und ein neues vielfältigeres Bild von der Arbeiter_innenklasse entwerfen, indem sie Forderungen gegen verschiedenste Unterdrückungsgformen aufstellen, die Kämpfe auf ihre gemeinsame Grundlage im Kapitalismus zurückführen und eine schlagfertige antikapitalistische Bewegung aufbauen.

Auch wenn viele identitätspolitische Ansätze ins Leere laufen oder schon komplett Teil der neoliberalen Verwertungslogik geworden sind, müssen wir die Probleme, auf die sie hingewiesen haben, berücksichtigen. In revolutionären Organisationen müssen wir deshalb für das Recht auf Schutzräume eintreten, in denen Angehörige unterdrückter Gruppen gesondert und geschützt vor potentiellen Unterdrücker_innen diskutieren können. Wichtig ist trotzdem, dass wir uns gemeinsam organisieren auf der Basis eines klassenkämpferischen revolutionären Programms, mit dessen Hilfe wir die Produktion vergesellschaften und durch die basisdemokratische Organisation von Produktion und Reproduktion Unterdrückung in der Gesellschaft überflüssig machen. Es geht nicht darum, wer unterdrückter ist, sondern darum, in was für einer Gesellschaft wir alle zusammen leben wollen!

---

5 Fragen, 5 Antworten: Indonesien – Zwischen

Unterdrückung und Widerstand

Leila Cheng

Indonesien: Ein Land mit 264 Millionen Einwohnern und damit das 4. bevölkerungsreichste Land der Welt, sowie auch der größte Inselstaat. Dennoch ist es stark abhängig von ausländischen Konzernen und Banken. Und jetzt beschließt die Regierung ein Gesetz, das auf Kosten der indonesischen Arbeiter_Innen ausländische Investitionen und Unternehmen anlocken soll und damit die Abhängigkeit und die Armut der Massen verschärfen würde. Dagegen erhebt sich im ganzen Land verbissener Widerstand bis hin zu militanten Streiks! Die Hintergründe und Perspektiven wollen wir in diesem Artikel klären.

1. Wie zeigt sich die aktuelle Weltwirtschaftskrise in Indonesien?

Während sich die Covid-19-Pandemie im Land wieder verstärkt und sich auch hier bereits eine zweite Welle abzeichnet, werden von der Regierung jede Menge neoliberale Reformen durchgedrückt. Privatisierungen, Entlassungen und weitere Angriffe auf Arbeiter_Innenrechte, angeblich um die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Doch was ist der wirkliche Grund?

Staatsverschuldung und Wirtschaftskrise!

Im Jahr 2018 betrug die Staatsverschuldung Indonesiens rund 30,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Unter anderem eine langfristige Folge der Kredite des IWF nach der Finanzkrise 2008/2009) und stieg in der Coronakrise noch weiter.
Hinzu kamen massive privatwirtschaftliche Einbußen während der Pandemie: Indonesiens Wirtschaftsleistung ist nach Angaben des Statistikamtes BPS im 2. Quartal 2020 im Vorjahresvergleich um 5,3 Prozent geschrumpft, was damit das schwächste Quartal seit der Asienkrise

des Jahres 1999 ist. Auch der Rückzug ausländischer Kapitale während der Pandemie hat wirtschaftliche Einbußen gebracht. Zudem musste die Hauptinsel Bali wegen Corona alle Tourist_Innen dieses Jahres abweisen. Dies sorgt für wirtschaftlichen Einbruch bei einer Insel, die fast komplett vom Tourismussektor abhängig ist.

Hinzu kommt das internationale Machtgefüge, in dem sich Indonesien befindet. Der Staat ist abhängig von den USA. Diese nutzen die Regionalmacht auch als Stützpunkt gegen ihren Hauptkonkurrenten China im Pazifik. Aber neben den engen militärischen Beziehungen gibt es auch große Mengen US-amerikanischer Kredite in Indonesien. Zudem ist das Land für viele transnationale, meist US-amerikanische Konzerne eine profitbringende Kapitalanlage, was durch das neue Gesetz mit verstärkter Ausbeutung der Arbeiter_Innen und weniger Umweltstandards verschärft werden wird. Aber warum machst sich Indonesien so abhängig von den USA? Wenn es amerikanische Weisungen und „Bitten" ignorieren würde, würde es schnell weh tun, z.B. durch wirtschaftliche Sanktionen oder Rückforderung der Schulden oder sogar einen militärischen Einmarsch. Abgesehen davon wird die Wirtschaftsentwicklung, also die Hauptsektoren Bergbau (Export von Rohstoffen) und der Tourismussektor, ja meist von US-amerikanischen Konzernen dominiert. So ist zum Beispiel der größte Gold- und Kupferproduzent PT Freeport Indonesia ein US-amerikanisches Unternehmen, was auch gleichzeitig der größte Steuerzahler des Landes ist. Eine weitere große Einnahmequelle ist die Landwirtschaft: So ist Indonesien weltweit der größte Palmölproduzent, was zwar gewinnbringend aber auch sehr schädlich für die Umwelt ist, denn den Monokultur-Plantagen weichen die riesigen Urwälder, die im Grunde nur noch in Nationalparks existieren. Dieser Zweig wird von einem transnationalen Unternehmen aus Singapur dominiert. Hier zeigt sich die Konkurrenz, aber auch die Abhängigkeit von anderen Regionalmächten, die sich natürlich in erster Linie wirtschaftlich äußert.

2. Welche neoliberalen Reformen hat die Regierung beschlossen?

Die
Regierung hat 79 neue Gesetze (Omnibus Law beziehungsweise Gesetz zur

Arbeitsplatzbeschaffung) verabschiedet. Die Regierung behauptet: Die Reformen
sollen Bürokratie abbauen, *um
mehr ausländische Direktinvestitionen zu fördern, das Wirtschaftswachstum zu unterstützen und Beschäftigungsmöglichkeiten für Indonesier_Innen zu schaffen.*

Doch
das Gesetz sorgt für massive Angriffe auf Arbeiter_Innenrechte,
leichtere Entlassungen,
Kurzzeitverträge, Lohnsenkungen (auch des Mindestlohnes), geringere Abfindungen und die Auslagerung von Arbeitsplätzen. So können imperialistische Staaten einfacher ihre billige und umweltschädliche Produktion zur Profitmaximierung nach Indonesien auslagern. Dies sorgt im Endeffekt nur für eine verstärkte Ausbeutung des indonesischen Proletariats, das in Elend, Arbeitslosigkeit und Hunger gedrängt wird.

Es
sorgt auch für eine verstärkte Ausbeutung der Natur, sowie eine stärkere Umweltverschmutzung. Denn durch das Gesetz wird zudem die Verpflichtung von Unternehmen gelockert, eine Analyse von Umweltrisiken zu erstellen. Unmittelbare Folgen von Umweltverschmutzung und Klimakrise sind Umweltkatastrophen wie Überschwemmungen, die das Land knapp über dem Meeresspiegel immer wieder stark belasten, sowie auch eine verstärkte Smogbelastung der Städte, insbesondere der riesigen Slums.

Auch die Jugend und die Frauen der Arbeiter_Innenklasse sind besonders von den Reformen betroffen. Gerade Jugendliche und nicht voll arbeitenden Personen werden als erstes entlassen oder noch schlechter bezahlt. Zudem werden proletarische Jugendliche früher arbeiten müssen, wenn sich die Familie ihre Ausbildung/Studium nicht mehr leisten kann. Hinzu kommt, dass die Jugend noch am längsten leben wird: Sie wird mitbekommen, wie ihre Heimat aufgrund der Klimakrise immer mehr im Meer versinkt, sie wird hauptsächlich von den Umweltkatastrophen betroffen sein und sie wird

vermutlich zu großen Teilen später vor den Überflutungen fliehen müssen. Auch Frauen werden eher entlassen oder schlechter bezahlt. Neben ihrer harten Arbeit haben sie auch noch zu großen Teilen unbezahlte Hausarbeit und Kindererziehung allein zu tragen. Nun soll durch eine Reform auch noch das Recht auf bezahlten Mutterschaftsurlaub eingeschränkt werden.

3. Wie sieht der Widerstand gegen diese Reformen aus?

ArbeiterInnen,
Student_Innen und Umweltschützer_Innen demonstrieren gegen die neoliberalen Reformen während der Corona-Pandemie. Die großen Proteste haben vor allem gesellschaftlichen und Klassencharakter. Inzwischen hat sich die Union of all Indonesian workers (KSPSI), ein mittelgroßer Gewerkschaftsbund (ca. 4,6 Millionen Arbeiter_Innen), als teilweise führende Kraft der ArbeiterInnen herausgebildet. Die KSPSI hatte bereits vor dem Beschluss des Gesetzes zu Streiks aufgerufen. Der sehr viel größere und reformistischere indonesische Gewerkschaftsbund (KSPI) hatte vereinbart, ein Team zur Umformulierung des Gesetzesentwurfs des Omnibus Laws zu bilden. Wie so oft sieht man hier den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie, die bei minimalen und reformistischen Forderungen stehen bleibt, anstatt die die Massen in den Kampf zu führen.

Als
dies jedoch gescheitert ist und die Regierung dieses Gesetz verabschiedet hat, haben sich die Gewerkschaftsverbände
KSPI,
KSPSI und die National Welfare Movement (GEKANAS) geeinigt und zu 3-tägigen Streiks (06.
bis 08. Oktober 2020)
aufgerufen.
Insgesamt wollten sie bis zu 5 Millionen ihrer Arbeiter_Innen zu diesem Streik mobilisieren. In Wirklichkeit waren es höchstwahrscheinlich noch viel mehr.
Insgesamt *32*
Gewerkschaftsverbände, sowie Bauernverbände organisierten Streiks.

Es gibt aber keinen Überblick darüber, wie viele Streiks mit wie vielen Teilnehmer_Innen tatsächlich stattgefunden haben.

Hier
zeigen sich zwei Dinge:

Erstens:
Wie eine kämpferische Basis, wenn sie konsequent kämpferisch vorwärts geht, ihre reformistische und opportunistische Führung zwingen kann, mitzuziehen. Immerhin gab es schon vorher Demos und vereinzelte Streiks, die sich auch mit Hilfe der SPSI immer mehr zuspitzten.

Und
zweitens: Welche enormen Ausmaße ein politischer Streik annehmen kann.
Ein Beispiel für diese enormen Ausmaße ist ein Streik in einem Frauenbetrieb: Dort mobilisierten 70.000 Arbeiterinnen in einer von Asiens größten Schuhfabriken zum dreitägigen Streik.

Neben
den großen Streiks fanden, wie schon erwähnt, auch Massendemonstrationen statt. Daran beteiligten sich auch viele Student_Innen
(vor allem wegen der Auflockerung von Umweltschutzmaßnahmen). Da zeigt sich auch, wie die Jugend in den Kämpfen mit ganz vorn dabei ist. Dies ist ein Phänomen, was man weltweit betrachten kann, ob bei den sozialen Protesten in Chile oder bei der internationalen Umweltbewegung, so jetzt auch in Indonesien. In Indonesien haben sich sogar bereits Ansätze der Organisation von Studierenden in Räte-ähnliche Gremien gebildet, über die aber noch nicht viel bekannt ist.

Doch wie sehen die Forderungen der Streiks und Demonstrationen aus? Es gibt eigentlich nur eine einheitliche Forderung und die lautet: Ersatzloser Verzicht auf das Gesetz! So ist es eine soziale Forderung und der Streik ein

politischer Streik, aber revolutionär sind die Proteste damit noch nicht. Und das Problem, dass die kommunistische Partei Indonesiens seit 1965 verboten und damals ein Großteil der Kommunist_Innen ermordet wurde, macht es auch nicht besser. Dennoch sind die Proteste sehr fortschrittlich und können je nach der Entwicklung zu einem revolutionären Katalysator werden. Das liegt in ihrer letzten Besonderheit, der Vereinigung der antiimperialistischen, antikapitalistischen, Umwelt-, Jugend- und Antirepressions-Kämpfe, und vor allem ihrem im Grunde proletarischen Klassencharakter.

4. Wie sieht die Repression durch Staat und Kapital aus?

Wie immer bei Protesten und Straßenkämpfen zwischen dem bürgerlichen Staat und Demonstrant_Innen herrscht ein ungleiches Kräfteverhältnis. Auf der Insel Sumatra z.B. gingen Polizisten mit Tränengas gegen junge Demonstrant_Innen vor, die Steine auf die Beamten geworfen hatten. Auch in West Java kam es an dem Streiktag zu Zusammenstößen mit der Polizei. In der Hauptstadt Jakarta versammelten sich Tausende Student_Innen und Arbeiter_Innen vor dem Präsidentenpalast des südostasiatischen Inselstaats. Als Steine geworfen wurden, setzte die Polizei Tränengas und Wasserwerfer ein. Weitere Protestzüge wurden aus Yogyakarta, Medan, Palembang und Makassar gemeldet. Bereits am Tag vor den Streiks waren die Polizist_Innen zum Teil mit Gummigeschossen gegen Demonstrant_Innen vorgegangen.

Die Polizei begründete ihr hartes Vorgehen und das Verbot eines Teils der Proteste mit Corona-Schutzmaßnahmen. Die besonders prekäre Lage und Notwendigkeit der Proteste werden dadurch unmissverständlich unterstrichen, dass man die Infektionsgefahr in Kauf nimmt, um die eigene Lebensgrundlage zu sicher. Vielen Menschen dort geht es sehr schlecht, genauso wie in vielen weiteren Ländern. Auch so lässt sich eine Verbindung zu den momentanen Protesten in Chile ziehen. Nur dass die Gewalt durch die Polizei dort noch viel enormer ist, man erinnert sich nur mal an die massenhaften Vergewaltigungen von

Verhafteten und die mit Säure versetzten Wasserwerfer.

Auch in Indonesien setzte die staatliche Repression sehr stark auf Massenverhaftungen. *Die Polizei meldete allein für den dritten Tag 3862 Festnahmen landesweit (darunter 796 "Anarchisten_Innen"*). Die *Massenverhaftungen trafen vor allem schwarz-gekleidete Jugendliche, die die Polizei für "Anarchisten_Innen" hielt. Hier zeigt sich wieder eine bürgerliche Hetze, wonach Anarchismus nur Zerstörung und Durcheinander wäre und dass alle, die für soziale Ziele demonstrieren, als solche verrufen werden.*

5. Was muss getan werden, damit die Proteste und Streiks eine Perspektive haben?

→
Unsere Klasse darf sich nicht
unterkriegen lassen unter einer bürokratischen Gewerkschaftsführung, die auf einen Kompromiss mit dem Staat und den Unternehmen hofft. Auch nach den 3 Tagen müssen die Streiks konsequent weitergeführt werden!

→
Die
sozialen und antiimperialistische Forderungen sind gut, sollten aber auch mit dem Kampf gegen die eigene Kapitalist_Innenklasse verbunden werden und für Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien unter ArbeiterInnenkontrolle einstehen!

→
Dafür sollte die Führung ein
konkretes revolutionäres Programm aufstellen, in dem die Minimalforderungen (reformistische Forderung) der Ablehnung des Gesetztes und die Ablehnung der Angriffe auf die Klasse mit revolutionären und Übergangsforderungen bis hin zur sozialistischen Revolution verbunden werden. Ein Problem dabei ist, dass es seit dem bis heute anhaltenden Verbot der kommunistischen Partei von 1965 keine Arbeiter_Innenpartei in Indonesien gibt, sondern nur eine etwas

linkere stark populistische Partei, deren Führung aus Gewerkschaftsverbänden besteht. Andererseits sind diese offenbar bereit, unter dem Druck der Massen auch politische Streiks durchzuführen.

→
Die gemeinsamen Kämpfe mit
der besonders unterdrückten Jugend sollten weiterhin geführt werden. Die Jugend sollte sich jedoch noch in eigenen Organisationen zusammenfinden, um auch spezifisch ihre Lage im kapitalistischen System besprechen zu können. Die studentischen Räte sind gute Ansätze dafür. Dasselbe sollte jedoch auch in Schulen und Betrieben durchgeführt werden.

→
Zur besseren Koordinierung der
Demos sollten ArbeiterInnen-, Jugend- und Bäuer_Innenräte eingerichtet werden und das Mittel des politischen Streiks bis zum Generalstreik angewandt werden, da es den stärksten wirtschaftlichen Druck ausübt.

→
aber die Bewegung kann nur
gelingen, wenn sie sich international koordiniert und mit anderen sozialen Bewegungen vernetzt (wie z.B. der sozialen Bewegung in Chile, den antimonarchischen Protesten in Thailand, Gewerkschaften in den USA, …)

What the Fuck is wrong in the

USA?!

Jan Hektik

Wenn bloß ein wenig darauf geachtet wird, was gerade in den USA so alles abgeht, verliert man schnell den Überblick. Es kommt einem so vor, als ob dort alles gleichzeitig zusammenbricht, sich aber trotzdem nicht wirklich etwas ändert. In diesem Artikel möchten wir kurz beschreiben, was eigentlich in den USA gerade schiefläuft. Kurze Antwort: Alles! In diesem Artikel wollen wir aber drei der Konflikte näher beleuchten. Erstens Corona und das Gesundheitssystem, zweitens die Wirtschaftskrise und das Sozialsystem und drittens Black Lives Matter und Rassismus. Alle diese Konflikte finden ihren Ausdruck auch im US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf, also wird auf diesen auch in einem Abschnitt eingegangen werden.

Corona und Gesundheit

Die USA sind eines der am härtesten von der Pandemie getroffene Land mit Zehntausenden von Neuinfektionen täglich und massenhaft Toten. Warum ist das so?

Die einfache Antwort, die insbesondere die Demokraten gerne geben, ist wegen Trump. Doch auch wenn diese Aussage einen wahren Kern hat, so ist sie zumindest nicht ausreichend. Viel liegt auch an dem Gesundheits- und Sozialsystem, welches auch vor Trump in den Vereinigten Staaten schon bestand.

Das Gesundheitssystem in den USA basiert auf einer sehr starken und einflussreichen Pharmalobby (Big Pharma), welche ein gigantisches und profitables Netzwerk aus Versicherungen aufgebaut hat. Anders als in Deutschland gibt es keine staatliche Gesundheitsversicherung und auch keine Versicherungspflicht. Dadurch haben viele Menschen in den USA überhaupt gar keine Versicherung, besonders nicht die ärmeren. Gleichzeitig sind Preise für Medikamente und Behandlungen exorbitant hoch. 41% aller amerikanischen Personen im arbeitsfähigen Alter haben Probleme mit

medizinischen Rechnungen oder zahlen medizinische Schulden ab.

Sind Menschen versichert, so sind sie es erstens meistens über ihren Job, zweitens unter strengen Bedingungen und drittens meist mit Selbstbeteiligung. D.h. auch wenn du versichert bist, kannst du trotzdem an den Kosten einer Krankheit zugrunde gehen.

Die Versicherungen funktionieren nach Netzwerken. Jede Versicherung hat ein Netzwerk. Ärzte, Krankenhäuser etc. können Teil dieses Netzwerk sein. Brauchst du eine Behandlung, geh besser in ein Krankenhaus, dass Teil des Netzwerks ist, ansonsten zahlt die Versicherung nicht.

Durch den Affordable Healthcare Act (Obamacare) wurde manche Missstände zwar abgeschwächt, in der Grundstruktur sind sie aber immer noch stark vorhanden.

Weiterhin trifft die Pandemie die USA so stark, weil im Gesundheitssektor durch die Ausrichtungen auf Wirtschaftlichkeit für die Bevölkerung relativ wenig Kapazitäten freistehen. Und schließlich wurde auf die Pandemie politisch von der Regierung langsam, zögerlich und minimal reagiert. Dies hat seinen Grund jedoch sehr stark in den sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen in den USA.

Die Wirtschaftskrise und das Sozialsystem in den USA

In den USA gibt es auch außerhalb des Gesundheitssystems kaum soziale Absicherungen, keine gesetzliche Rente (nur private Rentenversicherungen), sehr begrenzte und viel zu geringe Arbeitslosenversicherungen usw.

Das führt dazu, dass die Leute noch viel stärker auf ihre Jobs angewiesen sind als hier. Weiterhin gibt es auch keinen Kündigungsschutz und auch sonst kaum arbeitsrechtliche Regelungen zum Schutz der Beschäftigten, sowie generell eher schwache gewerkschaftliche Organisierung und kaum einheitliche Kämpfe. Das führt dazu, dass die Unternehmen in den USA, wenn sie ihre Produktion wegen Corona runterschrauben müssen, einfach massenhaft Leute entlassen können.
Die Gesundheitsversicherung über den Job ist dann weg.

Die Regierung hat den Lockdown lange hinausgezögert, ihn dann so minimal wie möglich durchgeführt, sodass die Infektionen trotzdem in die Höhe schossen (z.B. weil bei Amazon massenhaft Menschen unter massiven Zeitdruck arbeiten und keine Zeit haben sich die Hände zu waschen), woraufhin massenhaft Menschen entlassen wurden und ihre Versicherung verloren haben. Somit ist ein sich gegenseitig befeuerndes Verhältnis aus wirtschaftlicher und gesundheitlicher Krise entstanden woraus ein krasser Angriff auf die ärmsten Teile dieser Gesellschaft entstand.

In den USA stehen auf der einen Seite die Bourgeoisie (Corporate America) und ihre (offenen) Vertreter Trump, die Republikaner und die Rechte und auf der anderen Seite das Proletariat und in ihm besonders die unterdrücktesten Teile (People of Color, LGBTIA, Frauen). In den USA kann man besonders stark die Auswirkungen von wirtschaftlichen Nachteilen auf soziale und gesundheitliche Aspekte sehen. Gleichzeitig besitzen die Reichsten 1% mehr als die Hälfte der US-amerikanischen Bevölkerung.

All diese Probleme haben sich mit dem Eintritt der Krise, ausgelöst durch die Pandemie, plötzlich massiv verschärft. Besonders hart hat es People of Color und besonders die Schwarze Bevölkerung getroffen. Sie sind häufiger in schlechter bezahlten Berufen, schlechterer Gesundheitsversorgung, leben in infrastrukturell schlechteren Gebieten enger zusammen, haben weniger Absicherung bei Lohnausfällen oder Jobverlust und arbeiten überwiegend in Berufen die eine erhöhte Ansteckungsgefahr aufweisen. Der Rassismus in den USA hat somit eine ökonmoische Grundlage…und viel Sprengkraft.

Rassismus

Rassismus in den USA hat eine lange Geschichte und tiefe Verwurzelung. Er drückt sich neben der wirtschaftlichen in vielen anderen Formen aus. Eine ist die überproportionale Verfolgung von Schwarzen durch den Staat. 38,4% von allen Häftlingen in den USA sind Schwarz bei 12,7% der Bevölkerung, daneben sind 57,7% der Häftlinge weiß bei 72% der Bevölkerung.

In der Geschichte der USA gab es viele Bestrebungen den Gedanken der „weißen Rassenüberlegenheit“ (white supremacy) in der Gesetzgebung und

der Exekutive zu verankern.

Die Polizei ist überproportional von Weißen besetzt wird, Tötungen durch die Polizei treffen unverhältnismäßig oft Schwarze Personen und Todesurteile treffen überproportional Schwarze Personen bei weißen Opfern. Rassismus durchzieht die gesamte Staatlichkeit der USA. Die Vorfälle in Kenosha, wo Jacob Blake von der Polizei ermordet wurde und in dem darauf folgenden Protest ein Rechter zwei BLM-Demonstrant_Innen ermordete, sind nur die Spitze des Eisbergs.

Der US-Amerikanische Wahlkampf

Im Sud dieser Konflikte brodelt der US-Amerikanische Wahlkampf. Für die Demokraten tritt Joe Biden an und für die Republikaner Donald Trump. Während die Republikaner die rechten Teile der Gesellschaft und den rechten Flügel der Bourgeoisie vertreten, versuchen die Demokraten, welche den etwas linkeren Teil der Bourgeoisie vertreten, gleichzeitig möglichst viele progressive Stimmen abzufangen.

Die Republikaner

Zunächst zum Wahlkampf der Republikaner, dieser stützt sich vor allem auf drei Punkte: Law and order (Recht und Ordnung), Kampf gegen den Sozialismus und Garant der individuellen „Freiheit“ (der Reichen und Weißen).

Law and Order ist der republikanische Propagandabegriff für die brutalste Niederschlagung jeglichen Widerstandes gegen Ausbeutung und Unterdrückung, sowie die Art und Weise der Durchsetzung der oben genannten Krisenlösung von Kürzungen und Angriffen auf die ärmsten Teile der Bevölkerung.

Die Kosten der Krise auf die unterdrückten Teile der Gesellschaft abwälzen, das wollen beide Parteien. Die Fragen, über die sie sich uneinig sind, drehen sich nur um die Intensität und die Durchführung dessen.

Die BLM-Proteste werden als Plünderer bezeichnet und rechte Milizen und

Polizei zu Hütern von Recht und Ordnung verklärt. Das Ganze eben unter dem Deckmantel gesellschaftlicher Regeln und wer sich nicht an diese halte, müsse hart bekämpft werden.

Im Kampf gegen den Sozialismus wird sich im Endeffekt auf Bernie Sanders bezogen und die Politik der Bewegung, die ihn unterstützt hat, auf Biden übertragen, ohne dass dafür eine tatsächliche Grundlage besteht. Biden ist ein Musterschüler des US-Imperialismus, Sanders ein sozialdemokratisch angehauchter Reformer.

Weiter geht's mit der individuellen „Freiheit" als klassischem Thema der Rechten in den USA. Patriotismus und Nationalismus sind eng verbunden mit diesem Begriff von Freiheit. Hier verbindet sich auch Law and Order mit Antisozialismus. Soziale Programme werden als Eingriffe in die Freiheit dargestellt, Privateigentum der Kapitalist_Innen und damit verbundene Ausbeutung als Ausdruck dieser Freiheit.

Die Demokraten

Biden dagegen stützt sich eigentlich nur auf zwei Punkte: Anti-Trump und im Winde wehen.

Biden und Trump führen den Wahlkampf der Persönlichkeiten. Viel der Debatte geht um das Alter von Biden oder die Unfähigkeit von Trump. Eigentlich ist Bidens Hauptargument: „Wählt mich, denn ich bin nicht Trump" und „Ich war Vize unter Obama".

Das sind vermutlich auch die beiden Hauptpunkte, mit denen er sich gegen Sanders durchsetzen konnte. Einerseits hatte er insbesondere unter älteren Menschen hohe Zustimmungswerte, besonders unter Schwarzen über 40, andererseits kam sein plötzlicher Zuwachs nachdem Obama dazu aufgerufen hat für ihn zu stimmen. Obama wird von vielen als linker wahrgenommen als er eigentlich war, insbesondere im Kontrast zu seinem Nachfolger. Die Hauptauseinandersetzung zwischen Biden und Sanders war Bidens Argument, Sanders sei zu links, um gegen Trump zu gewinnen. Dass dies nicht zutrifft, zeigt sich auch schon an der großen Zustimmung, die Sanders unter eher republikanisch geprägten Teilen der Bevölkerung hatte aufgrund

der hohen Beliebtheit seiner Gesundheitsreform und einem stärkeren Klassenbezug.

Sanders großes Problem war eigentlich nicht mit der Demokratischen Partei zu brechen. Zwar ist er an sich ein Unabhängiger, der nur 2016 und 2020 jeweils zu den Wahlen den Demokraten beitrat. Jedoch hat er erst Hillary Clinton und dieses Mal Biden unterstützt, nachdem er die Wahl um die Kandidatur verloren hat. Jeder Beobachter_In klar ist, dass seine Ziele und erst recht die weitergehenden Ziele der Bewegung niemals mit dem Establishment der Demokraten, welches durch Clinton und Biden repräsentiert wird, umsetzbar sind.

Die DSA

Durch die Kandidatur zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten von Bernie Sanders wurde 2016 in den USA eine Debatte gestartet, die zu einer gesteigerten Popularität sozialistischer Begriffe, Phrasen und Politik geführt hat. Er hatte damals (und erneut dieses Jahr) unter anderem gefordert, alle privaten Krankenversicherungen abzuschaffen und durch eine staatliche zu ersetzen, welche bessere Bedingungen als in den meisten europäischen Ländern geschaffen hätte, eine stärkere Besteuerung der Reichen, verbunden mit großen Sozialprogrammen, und sich explizit an die arbeitende Bevölkerung und die Gewerkschaften gewandt und mit ihnen zusammen gearbeitet.

Gleichzeitig hat sich die Bewegung um ihn mit Black Lives Matter und Protesten von Latinos vernetzt. Dies ist der bisherige Höhepunkt einer Entwicklung, die mit den Protesten von Occupy Wallstreet begann und die Organisierung und den Klassenbezug stetig erhöht hat. Auch untypisch für den US-Wahlkampf war Sanders‘ Methode nicht auf seine Persönlichkeit, sondern auf seine Forderungen und eine Bewegung zu setzen. Auch dies hat ermöglicht, dass die Democratic Socialists of America (DSA) in 2016 von unter 10.000 auf 35.000 und 2019 auf 55.000 Mitglieder anwuchsen.

Die DSA ist eine Partei, deren Politik in Deutschland als sozialdemokratisch gelten würde. Sie stützt sich auf die Arbeiter_Innenklasse und benennt diese

klar als Bezugspunkt. Auch ihre Versuche sich mit Gewerkschaften zu vernetzen und eine Verbindung der Kämpfe von Antisexismus, Antirassismus und gewerkschaftlichen Kämpfen herzustellen sind vielversprechend. Einerseits stellt dies eine große Chance für Kommunist_Innen dar, Menschen für die kommunistischen Ideen zu begeistern und andererseits ist eine unabhängige Organisierung auch ein notwendiger Schritt zu einer klassenunabhängigen, wenn auch noch nicht unbedingt revolutionären Politik. Alleine schon die Existenz einer unabhängigen Massenarbeiter_Innenpartei in den USA wäre ein großer Fortschritt und die Bereitschaft in den linken Teilen der Gesellschaft und auch in der DSA, mit den Demokraten zu brechen, ist hoch wie nie. Gerade die Konflikte um Sanders und die Demokraten haben dies verstärkt.

Verhältnismäßig viele der linkeren Teile der demokratischen Basis sind dazu geneigt Unabhängige zu wählen. Das ist für die USA besonders bedeutsam, da historisch nie mehr als zwei große Parteien ernsthafte Chancen auf die Präsidentschaft hatten. Dies wird immer als Totschlagargument gegen die Gründung und Wahl neuer Parteien benutzt. Doch es geht in Wirklichkeit darum einen gesellschaftlichen Wandel zu bewirken und das ist nur durch die Aktion möglich, durch die Organisierung von Protesten, Strukturen und Streiks. Mit der wachsenden sich als sozialistisch verstehenden Bewegung, Black Lives Matter, Solidaritätsstreiks im Profisport und vielen Produktionszweigen und der Debatte um Krise von Wirtschaft und Gesundheit, die durch die Pandemie losgetreten wurde, ist dies eine der besten Gelegenheiten für den Aufbau einer unabhängigen Arbeiter_Innenpartei, die es jemals gab.

Wer gewinnt, Biden oder Trump?

Das ist schwer zu sagen, da ihre Prognosen eng beieinander liegen. Es wird an den Zielen ihrer Politik aber nicht viel ändern. Beide beabsichtigen die Krise mit Förderung der Kapitalist_Innen und Angriffen auf die Arbeiter_Innenklasse zu beantworten. Der Unterschied liegt hauptsächlich in der Art und Weise. Unter Trump werden die Angriffe mit härteren Mitteln und offenerem Rassismus durchgeführt werden. Man kann auch nicht sagen, dass es überhaupt keinen Unterschied macht, wer gewinnt, allein schon weil

die Wahl eines offenen Rassisten wie Trumps auch als Gradmesser für das Bewusstsein der US-amerikanischen Bevölkerung verstanden werden muss. Aber an den kapitalistischen Grundbedingungen wird sich nichts ändern, keiner von beiden wird das Gesundheitssystem reformieren, keiner wird Streikende unterstützen oder Klasseninteressen ansprechen und keiner von beiden wird den rassistischen Polizeiapparat angehen. Biden sagte dazu bloß, es sei ja ein Unterschied, ob man Polizisten beibringe auf den Kopf oder die Beine zu schießen. Und genau diese Art von Kandidat stellt er dar. Er ist der Einen-Schuss-in-die-Beine-statt-in-den-Kopf-Kandidat.

Warum kein Schuss in die Beine?

Immer noch besser als ein Kopfschuss, also Biden wählen. Könnten wir jetzt sagen. Sagen wir aber nicht, denn wie sollen wir als Revolutionär_Innen die Klasse für unsere Ideen gewinnen, wenn wir sie dazu aufrufen sich für einen Schuss in ihre Beine stark zu machen. Und wir haben ja oben ausführlich geschildert, dass Biden eben nicht die Interessen der Arbeiter_Innenklasse vertritt, sondern nur eine andere Strategie der bürgerlichen Klassenherrschaft, die sich eher zufällig an manchen Punkten mit progressiver Politik verwechseln lässt.

Was jetzt in den USA notwendig bleibt, ist das Nutzen von Wahlkampf und den Bewegungen, um eine Organisation aufzubauen, die die Interessen der Klasse und der Unterdrückten auch außerhalb von Wahlen unterstützt. Die es z.B. fördert, wenn Schwarze Communities selbst Patrouillen durch ihre Nachbarschaft schicken, um sich vor Rechten, Kriminalität aber auch der Polizei zu schützen. Oder die Gewerkschaften dazu drängt den Schulterschluss mit den antirassistischen und antisexistischen Kämpfen zu suchen. Und zu guter Letzt braucht es den Kampf um eine unabhängige Arbeiter_Innenpartei, in der Kommunist_Innen für ein revolutionäres Programm kämpfen, die die Kosten der Krise Trump, Biden und Co. zahlen lässt!

Woher kommen eigentlich Verschwörungsideologien?

von
J.J.Wendehals

Bei den “Querdenker”-Demos kommen aktuell so viele Leute auf die Straße wie sogar die Rassist_Innen von Pegida selbst zu ihren Hochzeiten nur hätten träumen können. Dabei handelt es sich zwar keineswegs um eine einheitliche Masse aus knallharten Faschist_Innen, aber es gibt doch ein ideologisches Dach, unter dem alle diese verschiedenen Leute (auf eine infektionspolitisch nicht vertretbare Nähe) zusammenkommen: Es handelt sich um (mal mehr und mal weniger) wilde Theorien darüber wie mystische Kräfte oder Personen die Geschicke der Welt lenken und sie gegen den “kleinen Mann” lenken, der sein einfaches Leben unterhalten will. Wir nennen diese Verschwörungsideologien.

Woran glaubt ein_e Verschwörungsideolog_In?

Typischer Weise richten sie sich gegen tatsächlich relativ einflussreiche Personen wie Konzernchefs (Bill Gates) oder Regierungsangehörige (Merkel, Obama) aber es gibt auch weitaus phantastischere Ziele (Echsen, außer- oder überirdische Wesen) und offen rassistische (Juden und Jüdinnen, Geflüchtete). In den einzelnen Theorien sind dann diese verschiedenen Feindbilder oft miteinander kombiniert und verflochten wie z.B. im Fall von antisemitischen Verleumdungen des George Soros (ein Investor jüdischer Abstammung, der sein Vermögen auch für Bildungs- und bürgerrechtliche Zwecke einsetzt) oder wenn behauptet wird Bill Gates (eigentlich ein getarntes Echsenwesen) stehe hinter der Coronapandemie, um damit Geld in die Taschen der

Pharmakonzerne zu lenken, an denen er beteiligt ist. So absurd und lächerlich diese Theorien einstweilen wirken, so real sind aber offenbar doch ihre Auswirkungen und Hintergründe, dafür sind die Mobilisierungen in Berlin nur der aktuellste von vielen Belegen. Schon der Hitlerfaschismus verband seinen Antikommunismus mit antisemitischen Motiven, wenn er die Gefahr einer "bolschewistisch-jüdischen Weltverschwörung" an die Wand malte und hatte am Ende den unfassbaren Terror von Zweitem Weltkrieg und Shoah zur Folge. Wir wollen also in diesem Text das Phänomen ein wenig analysieren.

Was ist die ideologische Struktur der Verschwörungstheorien?

Auch wenn Bebel sagte, Antisemitismus sei der "Sozialismus der dummen Kerls", beschränken Verschwörungsideologien sich nicht darauf Hirngespinste "dummer" Menschen zu sein. Als Ausgangspunkt haben sie tatsächlich oft eine reale Ungerechtigkeit der kapitalistischen Verhältnisse, so z.B. die sich öffnende Schere zwischen Arm und Reich, die Profitmacherei in der Pharmaindustrie, Arbeitslosigkeit oder das zu Grunde gehen von kleinen Unternehmen. Jedoch bleiben sie unfähig die systematischen Ursachen dieser Missstände in der Struktur des Kapitalismus' zu erkennen. Stattdessen greifen sie zu vereinfachten Modellen, die allerdings jene mystischen Elemente benötigen, um eine lückenlose "Argumentation" bilden zu können. Wenn beispielsweise nicht erkannt wird, dass die kapitalistische Konkurrenz die Kapitalist_Innenklasse dazu zwingt, ihre Profite immer weiter zu maximieren oder unterzugehen, dann muss das Verhalten der Konzerne in dem bösartigen Charakter liegen, den gewisse Personen haben sollen, die für diese Konzerne verantwortlich gemacht werden. Oder eben darin, dass diese Personen von Echsen kontrolliert werden usw. usf. Dies ist auch oft ein Punkt, an dem Antisemitismus Einzug erhält in jene Ideologien, da das Bild vom "gierigen Juden", der für seine eigenen Ziele bereit ist "die ganze Gemeinschaft" zu

betrügen, schon seit vielen hundert Jahren genutzt wird, um die verschiedenen Formen des Judenhass' zu begründen, die über die Geschichte aufgetreten sind. So auch die Nationalsozialist_Innen, die unterschieden zwischen einem "schaffenden" Kapital und einem (jüdischen) "raffenden" Kapital, das für die kapitalistischen Missstände wie Arbeitslosigkeit und insbesondere die Weltwirtschaftskrise Ende der 20er verantwortlich sei. Seitdem sind Wirtschaftskrisen, die die kapitalistischen Widersprüche auf die Spitze treiben, immer wieder ein fruchtbarer Nährboden für Verschwörungsideologien gewesen, der seine Wirksamkeit besonders dann entfalten kann, wenn durch Schwäche und Niederlagen der Linken Raum dafür gemacht wird (Was hat eigentlich die Linkspartei zum Coronamanagement der Bundesregierung zu sagen?).

Es sei an sich durchaus möglich, so ist das Fazit dieser Theorien, ein gutes Leben im Kapitalismus zu führen, wenn nicht gewisse böse Elemente vorhanden wären, die dem immer wieder entgegen wirken, entweder durch Zersetzung von innen oder Fernsteuerung von außen. Demnach ist die logische Konsequenz auch nie der vollständige Umsturz des kapitalistischen Systems, sondern immer nur die Beseitigung dieses oder jenes spezifischen Phänomens, das für alles Übel verantwortlich sei, wie einzelne Kapitalist_Innen, die Jüdinnen und Juden oder Geflüchteten. Um das zu erreichen werden Appelle an den Staat gerichtet (z.B. Merkel und Spahn sollen vor Gericht) und im schlimmsten Fall wird zu „Selbstjustiz" gegriffen wie bei dem Anschlag in Halle.

Welches Sein steht hinter diesem falschen Bewusstsein?

Als Marxist_Innen spielen für uns jedoch nicht nur die ideologischen Merkmale einer Bewegung eine Rolle, sondern vor allem auch die Frage, wer vertritt diese Ideologie und in welchem Zusammenhang steht sie zu den materiellen Verhältnissen, mit einem Wort was ist ihr

Klassencharakter? Zwar ist die Soziologie der “Hygienedemos” noch wenig erforscht, allerdings zeichnet sich eine Tendenz ab, die auch bei NSDAP und gewissen Teilen der AfD zu beobachten ist. Neben besonders prekarisierten Teilen der Arbeiter_Innenklasse wird der hauptsächliche Anteil durch das Kleinbürger_Innentum ausgemacht, also z.B. Besitzer_Innen von kleinen Läden oder Betrieben aber auch Selbstständige im Handwerk, in der Gastro- oder Kulturbranche. Das Kleinbürger_Innentum steht im Kapitalismus zwischen den Fronten der beiden Hauptklassen Bourgeoisie und Proletariat. Es kann daher auch kein konsistentes Klasseninteresse entwickeln, sondern schwankt vielmehr die ganze Zeit zwischen den beiden Polen von Bourgeoisie und Proletariat. Wenn sich ihm auch immer wieder kleine Nischen öffnen, in die das große Kapital (noch) nicht vorgedrungen ist (Beispiele sind bei Start-Ups oder im Dienstleistungssektor zu finden), so ist es doch der Konkurrenz eines großen Konzerns niemals gewachsen. Insbesondere in Krisenzeiten ist es anfällig, es fehlen ihm Verteidigungsmittel wie Rücklagen und viele werden zerrieben und in das Proletariat hinabgedrückt.

Möglich
ist dann, dass Teile von ihm sich der Arbeiter_Innenbewegung anschließen, die gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf die Bevölkerung ankämpft. Da das Kleinbürger_Innentum nämlich nicht nicht nur Produktionsmittel besitzt, sondern sich gleichzeitig auch selber ausbeuten muss, kann ihre Situation nur so positiv aufgelöst werden. Aber diese Möglichkeit besteht natürlich auch nur, falls so eine Bewegung überhaupt existiert und es schafft ein revolutionäres Programm aufzuwerfen. Andernfalls können daraus große reaktionäre Bewegungen werden, die gefährlich sind für die Arbeiter_Innenklasse und alle anderen unterdrückten Gruppen.

Keinen
Boden, keine Straße den Rechten!

Als
Revolutionär_Innen ist es also unsere Aufgabe für die Entstehung

jener linken Bewegung einzutreten. Wir müssen die Gewerkschaften und Arbeiter_Innenparteien unter Druck setzen, dass sie linke Antworten auf die Angriffe der Herrschenden formulieren und für diese auf die Straße gehen sollen, anstatt sich klein zu machen und die Interessen der eigenen Basis zum Teilbedürfnis der Konzerne zu pervertieren, wie es die IG Metall vormacht, wenn sie sich für die unsägliche Abwrackprämie einsetzt.

Jenen Verschwörungsideologien muss aber eine Bewegung der Arbeiter_Innenklasse eine unmissverständliche Absage erteilen. Den Rechten und Verwirrten sollten wir jetzt vor allem keinen Raum auf der Straße lassen. Blockieren wir sie, wo sie mobilisieren und bauen wir dabei eine Gegenbewegung auf, die die Fragen der Krise von links beantwortet!

Was war los bei

Am Wochenende vom 25.-27. September haben wir uns an der Aktion von EndeGelände im Rheinland beteiligt. Ziel dieses Bündnis von Klimaaktivist_Innen war es, dort die Infrastruktur von Europas größtem Braunkohlerevier zu stören. Letztlich sollte damit gezeigt werden, dass es radikale, antikapitalistische Lösungen braucht, wenn wir die Folgen des Klimawandels noch lindern wollen.

Revo am Start!

Am Freitagmorgen reisten Genoss_Innen aus Dortmund und Stuttgart an, die sich beim Camp von den AntiKohleKidz an Plena und am Aktionstraining

beteiligten.
Der Rest aus dem Bundesgebiet erreichte das Camp erst in der Nacht, nachdem sie
sich noch mittags bei den lokalen FridaysForFuture Demonstrationen beteiligten.

Am nächsten Morgen ging es dann um 8:30 los. Trotz der frühen Uhrzeit und drohendem Regen zeigten sich die ca. 200 Aktivist_Innen des AKK-Fingers bereits
auf dem Weg zur Bahn sehr entschlossen. Es wurden sofort laute Parolen gerufen
und die Gruppe trainierte noch einmal einige Handzeichen. Wir waren mit 14 Personen dabei und waren Teil des Strukturteams.
Die erste Bahn fiel wegen „polizeilicher Ermittlung“ aus. In der zweiten Bahn hatten wir dann direkt mit der nächsten Bullenrepressionen zu kämpfen, die ohne
Grund den Zug für etwa 20 Minuten stoppten. Trotzdem erreichten wir etwa eine
Stunde später unser erstes Ziel Hochneukirchen, ein Dorf das von RWE abgerissen
werden soll, um mehr Braunkohle abbauen zu können. Dort trafen wir auf die Anfangskundgebung einer Demonstration, an der sich unter anderem FridaysForFuture und die Initiative „Alle Dörfer bleiben“ beteiligten. Dort kam
es zur nächsten Schikane von der Seite des Staates. Die genehmigte Route, die
in Blickweite des Tagebaus lag, wurde von der Polizei kurzfristig verboten. Die
Route sollte jetzt viel weiter vom Tagebau entfernt verlaufen. Der Einspruch der Veranstalter_Innen wurde von der Stadt abgelehnt. Die Zeit, bis wir weiterlaufen konnten, nutzten wir, um unsere Flyer zu verteilen, Zeitungen zu
verkaufen und mit den Aktivist_Innen ins Gespräch zu kommen.

Danach

beteiligten wir uns gemeinsam mit dem AKK-Finger an der Demonstration. Dort
konnten wir über den Lautsprecherwagen eine Rede halten. Kurz vor Ende der Demo
entschieden wir uns dazu, in Richtung Tagebau zu rennen, wo die Polizei allerdings bereits auf uns wartete. An der ersten kleineren Polizeikette sind wir noch vorbeigekommen. Etwa 100 Meter dahinter bildete sich eine zweite Polizeikette, die nun die letzte vor der Abbruchkante des Tagebaus war. Der Finger versuchte sich erst wieder zu sammeln. Da die Polizei sich noch nicht voll organisiert hatte, aber immer mehr wurde, entschieden wir uns durchzubrechen. Der hintere Teil teilte sich allerdings wieder zur Seite auf. So hatte die Polizei es leicht, uns zurückzudrängen und letztlich einzukesseln.
Dabei gingen sie sehr gewaltsam, unter anderem mit dem Einsatz von Schlagstöcken, vor. Auch während des Kessels ging sie sehr repressiv vor und
probierte uns immer enger zusammenzudrücken. Infektionsschutz schien den Polizist_Innen
ziemlich egal zu sein. Einen Abstand von zwei Metern zueinander konnten wir so
nicht mehr einhalten. Wir probierten uns dagegenzustellen, was uns ein wenig
Raum verschaffte. Dies nahm die Polizei wahrscheinlich zum Anlass, um einen Genossen
auf brutalste Weise aus dem Kessel zu ziehen und festzunehmen.
Nach einigen Verhandlungen führte die Polizei uns dann zum anderen Teil des
Fingers, der inzwischen auch eingekesselt war, und lies uns dann etwa 500 Meter
vom Tagebau entwerft frei.
Dort entschloss sich der Großteil des Fingers noch dazu, die 6 km als Demo zurückzulaufen, anstatt vom Bus abgeholt zu werden. Dies wurde eher zum Feiern
genutzt, wir konnten aber auch noch 2 Reden halten, in denen wir unter anderem

auf die Lage der Geflüchteten, Polizeigewalt und den allgemeinen Rechtsruck aufmerksam machten.
Was dabei auffiel, war die positive Resonanz der Anwohner_Innen. Die Menschen
standen am Straßenrand oder winkten aus dem Fenster und wirkten insgesamt sehr
dankbar, dass wir da waren, um uns radikal und entschlossen gegen RWE zu stellen.
Die Rückfahrt blieb dann ohne weitere Repressionen oder sonstige Vorkommnisse,
sodass wir gegen 23 Uhr, durchnässt, erschöpft, aber auch mit neuer Motivation
zum revolutionären Kampf gegen das kapitalistische System, im Camp ankamen.

Mit den
AntiKohleKidz waren wir natürlich nicht die einzigen, die im Rheinischen Revier
versuchten RWE zu blockieren. Insgesamt waren über 3000 Aktivist_Innen dort, um
für den Ausstieg aus fossilen Energieträgern zu demonstrieren. Dabei wurde neben Kohle- dieses mal auch Gasinfrastruktur blockiert.

**Wie
hätten die Besetzungen länger als ein paar Stunden andauern können?**

Dass
EndeGelände es schaffte, so viele Menschen in Zeiten von Corona und super schlechtem Wetter zu mobilisieren, ist auf jeden Fall positiv zu bemerken. Außerdem spürten wir während der gesamten Aktion eine sehr große Entschlossenheit bei den Aktivist_Innen. Alle waren sich einig, dass wir den Weg zu einer klimagerechten Welt selbst in die Hand nehmen müssen und dieser
Weg uns gegen das kapitalistische System führt. Dabei gab es auch keine Spaltungsversuche innerhalb der Bewegung, wie es sonst oft auf linken

Demonstrationen der Fall ist.

Generell ist bei EndeGelände auch eine Linksentwicklung zu erkennen. EndeGelände ist bekannt für den Spruch „System Change not Climate Change“.
Dabei wird der Begriff „Systemwandel“ jedoch sehr schwammig benutzt, ohne klare
Strategie, wie wir das System verändern können und welches System überhaupt.
Wir sagen dagegen ganz klar, dass wir das kapitalistische System, durch eine Revolution der Arbeiter_Innen und Jugend aller Länder stürzen und den Kommunismus aufbauen müssen. Ein zentraler Bestandteil dabei ist, dass die Produktionsmittel, die aktuell in privatem Besitz sind, vergesellschaftet werden. Diese Forderung, also die Enteignung von RWE und die Vergesellschaftung
der Energieindustrie, hat EndeGelände dieses Jahr mit aufgenommen. Leider stellen sie nicht die Frage, was sie genau unter Vergesellschaftung verstehen und wer diese kontrolliert. In unseren Augen bedeutet das nämlich die Veränderung der Eigentumsverhältnisse durch die demokratische Kontrolle des
Betriebs durch die Beschäftigten. „Kohleausstieg selber machen“ bedeutet für
uns, ihn zusammen mit den Beschäftigten zu planen und zu kontrollieren. Indem
wir die Arbeiter_innenklasse als Subjekt der Veränderung wahrnehmen, ansprechen
und für unseren Kampf gewinnen, können wir die Kapitalist_innen da treffen, wo
es ihnen wirklich weh tut: bei ihren Profiten. Wenn wir die Beschäftigten auf unserer Seite haben, können wir Besetzungen auch über längere Zeit aufrecht
erhalten und wirklich Druck ausüben, satt nur symbolische Aktionen durchzuführen.

Ein

weiterer Aspekt, wie die Besetzungen und Blockaden in Zukunft erfolgreich sein
könnten, ist die Frage der Aktions- und Organisationsform der Proteste. Was EndeGelände gut macht ist, viele Leute anzusprechen und zu mobilisieren. Allerdings sind die Proteste sehr individualistisch geprägt. Dadurch, dass beim
Durchfließen der Polizeiketten sich die Finger in kleine Gruppen aufteilen, wird bewusst in Kauf genommen, dass einzelne Personen polizeiliche Repressionen
erwartet. In diesem Moment ist also jede_r, oder vielleicht noch jede Bezugsgruppe, auf sich allein gestellt.

Dem
individuellen zivilen Ungehorsam stellen wir unsere Methode der kollektiven Selbstermächtigung entgegen. Massenblockaden bedeuten für uns nicht das einfache Zusammenspiel verschiedener Bezugsgruppen, sondern dass sich diese
Aktionen auch auf Massenorganisationen stützen müssen. Also zum Beispiel Gewerkschaften, Räte oder Aktionskomitees. Um dies zu organisieren brauchen wir
wirkliche demokratische Strukturen, wie Basisversammlungen, in denen kollektive
Entscheidungen getroffen und abwählbare, rechenschaftspflichtige Delegierte
gewählt werden. Dieses Modell der Demokratie stellen wir der klandestinen Geheimhaltungspolitik von Ende Gelände entgegen, in welcher nur ein kleiner
Kreis von Auserwählten weiß, was gespielt wird.

Um das zu erklären, muss die Taktik des zivilen Ungehorsams grundlegend betrachtet
werden. Anders als zum Beispiel Extinction Rebellion sieht EndeGelände die Polizei zwar als Gegnerin, trotzdem sind Festnahmen fester Bestandteil der Aktion. Denn es geht nicht in erster Linie darum, Kohleinfrastruktur zu blockieren

und auf lange Zeit besetzt zu halten, sondern darum möglichst viel Aufmerksamkeit in der Presse und in der Bevölkerung zu bekommen.

Dahinter steht ein idealistisches Verständnis des bürgerlichen Staates. Angehänger_innen des zivilen Ungehorsams glauben, dass der Staat vernünftiger handeln würde, wenn wir ihn nur auf die Probleme der Welt öffentlichkeitswirksam aufmerksam machen. Der Staat steht im Kapitalismus jedoch nicht über den Klasseninteressen. Im Gegenteil ist er genau dafür verantwortlich, dass die Herrschaft des Kapitals mit Gewalt aufrecht erhalten wird und ihre Profite abgesichert werden. Wo die Profitlogik zählt, ist mit Vernunft leider nicht viel zu machen. Wenn wir Freiheit und Klimagerechtigkeit wollen, müssen wir diesen Staat also kaputt machen und dürfen uns nicht mit Bitten an ihn begnügen.

Aber wer kann den Kapitalismus stürzen?

Im Kapitalismus gibt es im Grunde 2 Klassen, die sich gegenüberstehen. Die Kapitalist_Innen, die die Produktionsmittel besitzen, und die Arbeiter_Innen, die ihre Arbeitskraft besitzen, die sie gezwungen sind zu verkaufen. Mit ihrer Stellung im Produktionsprozess ist die Arbeiter_Innenklasse in der Lage durch Produktionskontrolle und gesellschaftliche Planung ökologische und ökonomische Kreisläufe in Einklang zu bringen bei globalem und sozialem Austausch. EndeGelände verkennt diese zentrale Rolle der internationalen Arbeiter_innenklasse für eine ökologische Revolution. Das Bündnis wendet sich abstrakt an die gesamte Bevölkerung, welche sie als Ansammlung von Individuen verstehen und nicht als

Kollektive mit widerstreitenden Interessen.

Und Wie kann die Arbeiter_Innenklasse das schaffen?

Wie auch EndeGelände stehen wir für Massenmobilisierungen. Allerdings wollen
wir es nicht dabei belassen Aufmerksamkeit zu erzeugen. Wir müssen die Klimagerechtigkeit erzwingen, wenn es nicht anders geht. Dabei spielt der Streik eine entscheidende Rolle, da er das System in seinem Herzen, dem Profit,
trifft. Dabei sollte es aber auch nicht bei rein ökonomischen Forderungen bleiben.
Vielmehr bietet der Streik auch Möglichkeiten sich als Klasse zu organisieren,
Betriebe zu besetzen um letztendlich die Kontrolle über die Produktion zu übernehmen.

Um da
hinzukommen, ist es wichtig den Klimawandel auch als soziale Frage zu betrachten und zu erkennen, dass Umweltzerstörung, Rassismus, Sexismus und
Ausbeutung eine gemeinsame Grundlage haben, die Kapitalismus heißt. Diese
Bewegungen müssen sich verbinden, aber auch den Anschluss zur Arbeiter_Innenbewegung
suchen, um erfolgreich zu sein. Was wir brauchen ist deshalb eine internationale Anti-Krisen-Konferenz, in der unterschiedliche Aktivist_innen und Organisationen der Arbeiter_innenklasse über einen gemeinsames Programm und
kollektive Aktionen diskutieren, mit denen wir der kapitalistischen Klima-, Wirtschafts- und Coronakrise einen Strich durch die Rechnung machen!

„Lesbos ist für uns ein Gefängnis!“

**„Lesbos ist für uns ein Gefängnis!“Nach dem Brand im Lager Moria: Das vieler Geflüchteter
hat sich trotz hehrer Versprechen weiter verschlechtert. Wir sprachen vor Ort
mit Bahal über die aktuelle Situation auf der griechischen Insel Lesbos.**

REVO: Die Lage auf der Insel ist nach dem Brand in Moria besorgniserregend. Aber kannst du zuerst erzählen, wie dein Leben auf der Insel bisher verlaufen ist, ehe wir über die aktuelle Situation sprechen?

Als ich damals mit meiner Familie auf einem Schlauchboot mit
35 weiteren Menschen von der Türkei auf die griechische Insel Lesbos gekommen
bin, war ich 21 Jahre alt. Heute bin ich 25 und ich habe das Gefühl, den Großteil dieser Zeit allein mit Warten verbracht zu haben: Stundenlanges Warten
in der Essensschlange auf eine Mahlzeit; Warten auf eine freie Toilette; Warten, dass wieder ein Monat vorbei ist, damit ich die rationierte Dusche benutzen darf; Warten, dass ich aus der Zelle entlassen werde, in die ich grundlos
inhaftiert wurde; Warten, dass die Nacht vorbei geht, die mich vor Angst nicht
schlafen lässt; Warten bis mein Asylantrag bearbeitet wird.

REVO: Wo hast du in dieser Zeit des Wartens gelebt?

Über mehrere Jahre hinweg haben meine Familie und ich in
einem Zelt in „Moria“, dem größten Camp der Insel, gelebt. Neben mangelnder
Nahrungsversorgung und schlechten Hygienebedingungen hatte ich dort als

Frau
zusätzliche Probleme. Sexuelle Gewalt ist nämlich Alltag im Camp: Ob durch nächtliche Überfalle oder in der Essensschlange. Ich habe mich nicht getraut,
nachts auf die Toilette zu gehen.

REVO: Wo lebst du heute und hat sich deine Situation dort verändert?

Seit 3 Monaten wohnen meine Familie und ich im
selbstorganisierten Camp „PIKPA“. Solidarische Inselbewohner und Geflüchtete
haben das Camp vor einigen Jahren zusammen aufgebaut und für bis zu 100 Menschen
dort einen Ort zum Leben geschaffen. Und mit „Ort zum Leben“ meine ich wirklich
einen Ort, an dem ich mich halbwegs sicher fühle. Dieses Gefühl hatte ich, seitdem ich in Europa bin, noch nie. Ich konnte viel Kraft aus meiner neuen Lebenssituation schöpfen. „PIKPA“ bedeutet für mich, dass „Moria“ nicht alternativlos ist. Das Camp wurde speziell für besonders schutzbedürftige Menschen wie schwangere Frauen, Menschen mit Behinderung, Familien mit mehreren
kleinen Kindern und Opfer von Folter errichtet.

REVO: Der griechische Migrationsminister Panagiotis Mitarakis hat vor Kurzem verkündet, „PIKPA“ bis zum 31.10.20 räumen zu wollen. Sein Ziel scheint es zu sein, jede menschlichere Alternative zu „Moria 2.0“ aus dem Weg zu räumen. Wie haben du und die anderen Bewohner_innen diese Ankündigung aufgenommen?

Ich würde sagen, dass ich seit einer Woche nur weine, aber
dafür reichen meine Tränen nicht. Seitdem wir davon gehört haben, müssen wir
nun auch hier in Angst und Verzweiflung leben. Unsere Sorge ist groß, dass wir
nun auch im neu errichteten Camp „Moria 2.0“ untergebracht werden. Niemand

sollte in diesem Gefängnis leben müssen und umso gefährlicher ist es dort für
die Leute aus „PIKPA“, die eigentlich besonders schutzbedürftig sind.

REVO: Nachdem das ursprüngliche Massencamp „Moria“ im September dieses Jahres abgebrannt ist, haben die griechischen Behörden mit Hilfe der EU ein neues Camp („Moria 2.0“) auf einem ehemaligen Schießübungsplatz des Militärs errichtet. Über 10 000 Menschen wurden bereits dort untergebracht. Was weißt du über die Situation dort?

Im Gegensatz zum abgebrannten „Moria-Camp“ wurde das
provisorische Zeltlager als eine geschlossene Einrichtung gebaut. Die Bewohner
dürfen es nur mit schriftlicher Ausgangserlaubnis verlassen. Ihre Situation hat
sich deshalb sogar noch verschlimmert. Die ärztliche Versorgung wurde bis auf
ein Team, das für Corona-Tests zuständig ist, quasi eingestellt. Es herrscht
ein großes Chaos und die griechische Polizei agiert sehr respektlos gegenüber
den Bewohnern. Freunde von mir, die nun dort wohnen müssen, durften sich noch
kein einziges Mal duschen. Hinzu kommt, dass es auch sehr wenige Toiletten
gibt, was angesichts der Pandemie-Gefahr ein besonders großes Problem darstellt.
Mittlerweile gibt es mehrere hundert Infizierte im neuen Camp.

REVO: Obwohl die EU und die griechische Regierung den Geflüchteten auf Lesbos nach dem Brand in „Moria“ versprochen haben, die Situation zu verbessern, haben sich eure Lebensbedingungen tatsächlich verschlechtert. Was würdest du den EU-Politiker_innen gerne sagen?

Ich würde mir wünschen, dass diese Leute mal einen einzigen Tag in „Moria 2.0“ verbringen. Vielleicht würde das ihre Meinung ändern. Die ganze Insel

Lesbos ist für uns ein Gefängnis. Doch wir haben nichts verbrochen. Niemand hat es deshalb verdient, hier eingesperrt zu werden. Wir haben ein Recht auf Bildung, Arbeit, Sicherheit und ein Dach über dem Kopf. Für alle Geflüchteten auf den griechischen Inseln sollte es die Möglichkeit geben, sicher auf das Festland weiterreisen zu können!

Interview erschien zu erst in der Jungen Welt vom 7.10.2020, Online unter: https://www.jungewelt.de/artikel/387801.festung-europa-lesbos-ist-f%C3%BCr-uns-ein-gef%C3%A4ngnis.html

---

Dannenröder Forst: Solidarität mit der Besetzung – Autoindustrie enteignen!

Lars Keller

Im sonst gemütlichen Mittelhessen zwischen Gießen und Kassel ist an diesen Tagen einiges los. Umweltaktivist_Innen besetzen seit rund einem Jahr einen Wald in der Nähe des Dorfes Dannenrod, einem Stadtteil von Homberg (Ohm) im Vogelsbergkreis, damit selbiger nicht dem Autobahnbau der A49 weichen muss. Seit dem 1. Oktober spitzt sich der Kampf um den „Danni“ zu. Die Rodungssaison ist eröffnet – der Staat schickte ein Polizeigroßaufgebot, um der Kettensäge sein Geleit zu geben und die Besetzer_Innen von den Bäumen zu holen. Gegen Räumung, Rodung und Raupenbagger fand am 4. Oktober eine Demonstration mit rund 2.000 Teilnehmer_Innen statt.

Dabei
geht es hier um viel mehr als einen Autobahnbau durch einen Dauermischwald (hoher Anteil an Buchen und Eichen), der als Paradebeispiel für nachhaltige Forstwirtschaft in einem sensiblen

Wassergebiet gilt. Die Demos und Besetzungen rund um Homberg (Ohm) richten sich angesichts der Klimakrise vielmehr gegen den motorisierten Individual- und Schwerlastverkehr auf der Straße im Generellen. Eine Verkehrswende zugunsten von Verkehrsträgern wie Rad oder Schiene wird gefordert.

Die A49

Derzeit
beginnt die Bundesautobahn A49 in Kassel und endet in der Nähe von Neuental (Schwalm-Eder-Kreis) in der Prärie Nordhessens irgendwo zwischen Eder und Lahn. Somit bringt diese Autobahn dem Lkw-Verkehr, dieser heiligen Kuh des deutschen Gütertransports, dem Zögling des Bundesverkehrsministeriums und der Ausgeburt der deutschen Industrieperlen Daimler und VW (ja richtig gelesen, dem Konzern gehören mit MAN und Scania nämlich auch Nutzfahrzeugsparten!) – nichts! Die Landstraße, in die die A49 zur Zeit mündet, ist für den Schwerlastverkehr gesperrt.

Somit
quetschen sich die Lkw-Kolonnen von Norddeutschland in Richtung Schweiz weiter durch den neuralgischen Punkt Kirchheimer-/Hattenbacher Dreieck, wo mit A 7, A 4 und A 5 die wichtigsten Nord-Süd- und Ost-West-Achsen des bundesdeutschen Fernstraßennetzes aufeinandertreffen. Aus der Idee heraus, diesen Knoten zu entlasten, wurde die A49 geboren. Darin besteht das eigentliche Motiv des Autobahnbaus. Ein nachrangiges stellt die schnellere Straßenverbindung zwischen dem Rhein-Main-Gebiet, Gießen/Marburg und Kassel dar. Die Teermaschinen kamen bis Neuental, 1994 war dort erst mal Schluss. Seither gibt es ein langes Zerren um Umweltschutzmaßnahmen, Finanzierung und Planfeststellung. Seit 2017 hat der Planfeststellungsbeschluss Bestand. Es darf weiter geteert werden und dank ÖPP (öffentlich-privater-Partnerschaft) kann das Privatkapital direkt daran mitverdienen.

Vom

gesamtgesellschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, macht der Autobahnausbau freilich keinen Sinn wie überhaupt jeder deutsche Autobahnausbau. Die Klimakrise verlangt nach einer schnellen Verkehrswende, die Ressourcenvernutzung und Ineffizienz des Individual- wie Straßengüterverkehrs ebenso. Mit der Main-Weser-Bahn gäbe es zudem bereits eine Bahntrasse, die sich hinsichtlich Kapazität und Einzugsgebiet ausbauen ließe und dann auch mehr Güter- und Personenverkehr der Region aufnehmen könnte.

Lokal wird das mitunter anders gesehen. Ein Teil der Mittel- und Oberhess_Innen unterstützt die Proteste gegen die Rodung, ein anderer hat ein Interesse am A49-Ausbau. Da wären einerseits die AnliegerInnen der Bundesstraße B3, die ihrerseits vom Schwerlastverkehr betroffen sind und durch die A49 eine Entlastung erfahren würden. Anderseits gibt es eine Reihe lokal angesiedelter Unternehmen wie bspw. Ferrero Stadtallendorf, die sich ebenso wie einige Kommunen einen besseren Anschluss ans Straßennetz wünschen. Die Unterstützer_Innen der Autobahn finden sich in der „JA49"-Initiative wieder. Ihre etwas populistisch gehaltene Website verkauft uns die A49 dann auch als Umweltschutz. Letzteres ist, global wie lokal betrachtet, natürlich Blödsinn. Mehr Autobahn heißt mehr Auto- und Lkw-Verkehr – gerade weil der Weg Kassel – Gießen kürzer würde. Das bestätigt sich statistisch sowohl an vergangenen Autobahnprojekten als auch aus Sicht von Angebot- und Nachfrageprinzipien. Das heißt: mehr Treibhausgasmissionen, Oberflächenversiegelung und Störung eines Wasserreservoirs, von dem sogar Frankfurt/Main zerrt.

„Verkehrswende" von Landes- und Bundesregierung

Alle,
die vorhaben, 2021 die Grünen in die Regierung zu wählen, sollten einen genauen Blick auf das kleine Dannenrod in der hessischen Provinz werfen. Wer glaubt, mit den Grünen sei eine Verkehrswende zugunsten der Wälder und des Klimas zu haben, wird hier eines Besseren belehrt. Die hessischen Grünen sitzen nämlich mit der CDU in der Landesregierung – und halten stoisch an der A49 fest.

Dem Bundesgeschäftsführer der Grünen, Michael Kellner, fiel auf der Demo am vergangenen Sonntag, den 4. Oktober, auch nichts Besseres ein, als auf bestehende Beschlüsse zum Straßenausbau zu verweisen: Berlin müsse den Bau stoppen, grundsätzlich sei seine Partei ja gegen die Autobahnen … Gelaber und Gewäsch also! Von den hessischen Grünen kommt erst recht keine klare Kante gegen das Projekt. Wer will schon die CDU ein Jahr vor der Bundestagswahl ärgern? Immer dann, wenn‘s konkret um die (vegane) Wurst – oder besser um den Wald – geht, erweisen sich die Grünen als verlässliche Partner_Innen deutscher Auto- und Energiekonzerne. Der Abholzung des Hambacher Forstes wurde ja auch schon mal zugestimmt.

Derweil
will Bundesverkehrs(auto)minister Andreas Scheuer (CSU) die Lage erkannt haben und hat vor einigen Monaten – natürlich ohne die A49 in Frage zu stellen – das „Bündnis für unsere Bahn“ mit der Dachstrategie „Starke Schiene“ ins Leben gerufen. In diesem Schienenpakt befinden sich neben anderen das Verkehrsministerium, Schienenindustrien, Deutsche Bahn und die Gewerkschaft EVG. Was haben wir davon zu erwarten? Sage und schreibe 25 % soll der Schienengüterverkehr am gesamten Warentransport irgendwann (wann ist unklar) mal ausmachen, heute sind es etwa 18 %. Die Milliarden, die angeblich für einen nie da gewesenen Rückenwind für die Eisenbahn sorgen, sind nicht mehr als eine leichte Brise, die den vorhandenen Investitionsstau im Schienennetz kaum auflösen kann.

Wenn
in der jetzigen Wirtschaftskrise überhaupt jemand dick staatlichen Rückenwind verspürt, dann ist es der Kernsektor des deutschen Kapitals. Anstatt die Schiene durchgehend zu elektrifizieren, wird darüber sinniert, Autobahnen wie bei Darmstadt unter Oberleitung zu setzen, damit die Vormachtstellung des Lkw einen grünen Anstich bekommt. Das Konjunkturpaket der Regierung enthält zwar keine Kaufprämie für reine Verbrennerautos, dafür dann umso mehr für die ähnlich große ökologische Blödsinnigkeit E-Auto. Soviel zur „Verkehrswende“ der Regierung und Konzerne.

Und die echte Verkehrswende?

Sowohl das Demobündnis (Danni bleibt) als auch die Besetzer_Innen (Wald statt Asphalt) betonen in ihren Aufrufen die Wichtigkeit einer echten Verkehrswende und einer Verlagerung des Verkehrs zu ressourcen- und emissionsärmeren Fortbewegungsarten. Das teilen wir. „Wald statt Asphalt" geht noch weiter und nimmt den Kapitalismus ins Visier, fordert einen radikalen Systemwandel und Klimagerechtigkeit. Das teilen wir auch. Das fehlende Salz in der Suppe ist aber unserer Meinung nach, dass ein radikaler Systemwandel konkrete Forderungen und einen konkreten Weg weit über Waldbesetzungen hinaus braucht.

Die Besetzung selbst wird begründet mit: *„Für die Form des Widerstands (Besetzung und direkte Aktion) haben wir uns entschieden, weil andere Formen des Widerstands (wie Demos, Petitionen, Klagen & Appelle an politische Entscheidungsträger*innen) den Bau der A49 bisher nicht aufhalten konnten und mit den Rodungen nun Fakten geschaffen werden sollen. Veränderung braucht mutiges und entschlossenes Handeln – deswegen besetzen wir!" (https://waldstattasphalt.blackblogs.org/besetzung-warum/)*

So richtig und wichtig die Demonstration oder Baumbesetzungen auch sind – verglichen mit politischen Massenstreiks der Arbeiter_Innenklasse sind dies nur weitgehend symbolische Aktionsformen. Derzeit erleben wir die größte Wirtschaftskrise zu unser aller Lebzeit. Massive Entlassungen finden statt oder werden kommen. Die ökologische Krise wird durch die Wirtschaftskrise und die brutaler werdende Konkurrenz weiter verschärft werden. Es braucht die Verbindung der Kämpfe und den Aufbau eines Antikrisenbündnisses, das für Massenstreiks bis hin zum Generalstreik gegen alle Entlassungen, Lohnkürzungen – ja überhaupt das Abwälzen der Krise auf die breite Bevölkerung – eintritt und zugleich ein Notprogramm gegen die Klimakrise einfordert.

Damit ein Generalstreik gegen die Klimakatastrophe nicht nur angekündigt, sondern auch real werden kann, muss die Arbeiter_Innenklasse zur zentralen Kraft der Bewegung werden. Dies bedeutet jedoch keineswegs nur, ja nicht

einmal in erster Linie eine Veränderung der Aktionsform – es bedeutet vor allem eine Änderung des eigentlichen Ziels: die Enteignung des Kapitals und die Errichtung einer globalen, demokratischen Planwirtschaft. Nur so kann ein „System Change “ Wirklichkeit werden.

Von einem Generalstreik und Massenstreiks sind wir derzeit noch weit entfernt. Die Arbeiter_Innenklasse tritt in der Umweltbewegung bisher nicht als zentrale Akteurin in Erscheinung. Das liegt aber nicht daran, dass Arbeiter_Innen chronisch passiv wären, dass sie ihre Jobs in der Autoindustrie so lieben oder ihnen das Thema egal ist, zumal es im Nahverkehr eine große Zahl von Beschäftigten gibt, die sich sehr für eine Verkehrswende starkmachen.

Die Passivität breiter Teile der Arbeiter_Innenklasse gegenüber der Umweltbewegung rührt viel eher daher, dass die Sozialpartner_Innenschaft der DGB-Gewerkschaften sie ruhigstellt, andererseits aber auch daher, dass die Umweltbewegung die Lohnabhängigen bisher nicht ansprechen konnte. Um sie zu erreichen, braucht es ein Programm, das klar macht, dass nicht sie für die Verkehrswende zahlen soll – sei es durch Jobverlust oder CO_2-Steuer –, sondern die Konzerne und Besitzer_Innen großer Vermögen zur Kasse gebeten werden.

Letzten
Endes heißt die Verkehrswende für uns viel mehr als „weg von der Straße hin zur Schiene, zu Bussen, zu Füßen und Fahrrädern“.
Sie bedeutet vor allem auch so wenig wie möglich, so viel wie nötig Verkehr. Das heißt, diesen so zu reorganisieren, dass dort, wo Menschen leben, weder Lkw noch Güterzüge durch ihre Schlafzimmer brettern. Das heißt letztlich, Stadt und Land umzukrempeln, dass Verkehr nicht mehr an den Bedürfnissen des Kapitals, sondern nach denen der Menschheit ausgerichtet werden soll.

Konkret
geht‘s um:

–

Kein A49-Ausbau, sofortiger Stopp aller Autobahnprojekte –
beteiligt Euch an Demonstrationen um Dannenrod, unterstützt die BesetzerInnen!

–
Stattdessen: massiver Ausbau der Schienenwege im Kernnetz wie auch in der Fläche, durchgehende Elektrifizierung, ausschließliche Speisung aus regenerativen Energien!

–
Massive Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene! Ausbau von Gleisanschlüssen zu Fabriken! Beförderungszwang zum Transport auf der Schiene für Unternehmen ab einer bestimmten Produktionsgröße! Für einen kostenlosen Nah- und Berufsverkehr!

–
Für den Aufbau eines Antikrisenbündnisses, das den Kampf gegen die Klimakrise mit der Abwehrschlacht gegen soziale Angriffe, Entlassungen und Kurzarbeit verbindet! Ein Anfang dafür kann die „Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften (VKG)“ sein – unterstützt diese!

–
Keine einzige Entlassung in der Transportindustrie wegen Verkehrswende oder Wirtschaftskrise! Verteilung der Arbeit auf alle! Für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Schnellstmögliche Umstrukturierung der gesamten Industrie, demokratisch geplant und kontrolliert durch die ArbeiterInnenklasse!

– Bezahlung der Verkehrswende durch eine massive Steuer auf Profite und große Privatvermögen! Die Kapitalist_Innen haben die Krise zu verantworten, also müssen sie dafür zahlen!

– Enteignung des gesamten Verkehrssektors unter Arbeiter_Innenkontrolle, erkämpft durch Massenstreiks und Fabrikbesetzungen!

–

Weder B3 noch A49 noch Güterzugtrasse vor der Tür!
Restrukturierung, Aufhebung der Kluft zwischen Stadt und Land, so dass Lebensräume und Verkehrswege weitgehend voneinander getrennt sind!

– Entwicklung eines integralen Notfallplanes fürs Klima durch die Arbeiter_Innenklasse, der die Produktion an den Bedürfnissen der breiten Menschheit ausrichtet statt an Profitinteressen – nur so kann so wenig wie möglich Verkehr produziert werden!

Es
ist klar, dass wir mit bloßen Appellen an die Autoindustrie, an Scheuers Ministerium, ja generell an den bürgerlichen Staat, an die Grünen, die SPD-Führung und an IG-Metall-Betriebsräte bei VW und Co. das Klima nicht retten werden. Die BesetzerInnen im Baum wissen das. Sie wissen auch, dass Baumbesetzungen noch keine umfassende Verkehrswende bringen. Lasst uns weitergehen und entschlossen handeln: vom abstrakten „System Change“ hin zu konkretem Antikapitalismus.